

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 30. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 21. Juni 2011 / 22. Juni 2011
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr (21.06.2011 / 18.00 – 19.15 Uhr (22.06.2011))

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt:
21.06.2011: Andreas Bammatter, Lukas Brügger, Julia Gosteli,
Markus Gruber (späteres Erscheinen), Florian Spiegel
Nedim Ulusoy, Peter von Arx, Juliana Weber Killer

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22
18.05 Uhr 33 Anwesende = 22

Entschuldigt:
22.06.2011: Andreas Bammatter, Florian Spiegel, Nedim Ulusoy, Peter von Arx

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

Dienstag, 21. Juni 2011, 18.00 Uhr

1. Bericht des Gemeinderates vom 30.03.2011 sowie Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.05.2011 betreffend der **Jahresrechnung 2010**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3994 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 23.03.2011 sowie Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2011 betreffend **Geschäftsberichte 2010 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3972 / A
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2011 betreffend **Prüfung einzelner Produktegruppen**
Geschäftsvertretung: Vize-Präsident GPK Geschäft 4010
4. Bericht des Gemeinderates vom 25.05.2011 betreffend **Resolution für die Stilllegung des AKW Fessenheim**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4004
5. Motion von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, sowie Bericht der Kommission der Gemeindeordnung und -reglemente betreffend **Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats § 66 Redeordnung**
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3976 / A
6. Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010 betreffend **familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3978
7. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend **Attraktivität des Trämlispielflatzes**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3982

Mittwoch, 22. Juni 2011, 18.00 Uhr

8. Wahl der **Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2011/2012**
 - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / StimmzählerinnenGeschäft 4000

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 30 vom 21. und 22. Juni 2011

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich heisse Sie alle herzlich willkommen zur heutigen Sitzung.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Auf Ihrem Pult liegt eine dringliche Motion, eingereicht von der CVP-Fraktion. Wem darf ich das Wort erteilen für die Dringlichkeit?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Es ist allseits bekannt, dass neue Schulkreise gebildet wurden, was Zwangsverschiebungen von Schülern zur Folge hat. Das wäre unerfreulich genug, aber es hat auch zur Folge, dass die Eltern die betroffenen Mehrkosten selber übernehmen müssen, die Fahrtkosten und die Kosten für den Mittagstisch. Wir von der CVP-Fraktion finden das nicht in Ordnung. Der Kanton lehnt einen Beitrag für die betroffenen Eltern ab. Wir möchten uns dafür aussprechen, dass im Sinne einer Übergangszeit die Kosten von der Gemeinde übernommen werden und den betroffenen Eltern ersetzt werden. Die Dringlichkeit ergibt sich dadurch, dass das nächste Semester im August anfängt und es bis dahin keine Einwohnerratssitzung mehr gibt, wo wir das besprechen können. Darum müssen wir das heute oder spätestens morgen besprechen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung zur Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich angenommen.

Auf unserem Pult liegt eine Motion betreffend Wegweiser zur den Partnerstädten, eingereicht von Josua Studer, ein Verfahrenspostulat betreffend Nennung der Interessensbindungen der Einwohnerratsmitglieder, eingereicht von Josua Studer und eine Interpellation betreffend Mühle Allschwil, eingereicht von der CVP-Fraktion.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Darf ich um Ruhe bitten. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zum erste Traktandum.

602 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 30.03.2011 sowie
Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.05.2011
betreffend der Jahresrechnung 2010
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3994 / A

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Es freut mich ausserordentlich, dass ich Ihnen heute die Rechnung 2010 präsentieren darf. Kurz zusammengefasst das Ergebnis wie folgt: Sie wissen, wir mussten massiv höhere Beiträge an den Finanzausgleich leisten im 2010. Der massiv höhere Beitrag konnte mit Einsparungen und Mehrerträgen auf den Steuern ausgeglichen werden. Der Ertragsüberschuss ist mit CHF 1'400'000 zu verzeichnen. Wir hatten damals in der Rechnung CHF 670'000 Ertragsüberschuss budgetiert. Das heisst, wir liegen jetzt höher um rund CHF 750'000. Wir konnten eine weitere Vorfinanzierung machen, und zwar über CHF 4'000'000 für das Projekt Unser neues Schulhaus. Alle Spezialfinanzierungen konnten mit Mehrerträgen abgeschlossen werden. Bei den Netto-Investitionen liegen wir mit CHF 6'400'000 rund CHF 3'500'000 unter dem budgetierten Betrag von CHF 9'900'000. Wir konnten weniger investieren, als geplant. In Zahlen ausgedrückt heisst das folgendes. Sie sehen, das Ergebnis der

laufenden Rechnung ist CHF 1'400'000. Wir vergleichen jetzt immer die Rechnung 2010 mit dem Budget 2010. Was Sie hier auch sehen, die Rechnung 2009 ist hier auch aufgelistet rechts, ist, dass die Steuereinnahmen leicht zurückgegangen sind seit der Rechnung 2009. Die Rechnung 2009 mit der Rechnung 2010 verglichen, ergibt rund CHF 1'000'000 weniger Steuereinnahmen. Gegenüber dem Budget 2010 sind wir bei den Steuern wesentlich höher. Wir konnten eine wesentliche Zunahme verzeichnen. Das ist auch der Grund, weshalb wir die höheren Beiträge an den Finanzausgleich ausgleichen konnten. Der Ertrag ist gestiegen von rund CHF 73'600'000 auf CHF 82'200'000. Beim Aufwand ist auch eine Zunahme zu verzeichnen. Das ist aber leicht verzerrt, weil im Aufwand die höheren Beiträge an den Finanzausgleich enthalten sind, deshalb ist die Zunahme beim Aufwand derart gross. Unter dem Strich resultiert eine Abweichung gegenüber dem Budget von rund CHF 750'000. Es ist dem Gemeinderat klar, dass das Ergebnis, das ich vorhin präsentiert habe, CHF 1'400'000, nicht das betriebswirtschaftliche Ergebnis darstellt. Das ist bei der Gemeinde Allschwil nicht anders, als das bei anderen Firmen auch nicht der Fall ist. Weil das dem Gemeinderat bewusst ist, und weil es ein Wunsch der Fireko war, dass wir eine Darstellung machen, wo Sie sehen, wie hoch das betriebswirtschaftliche Ergebnis ist, haben wir diese Zusammenstellung gemacht. Nächstes Jahr werden Sie dies dann auch mit Ihren Unterlagen zur Einladung zur Einwohnerratssitzung erhalten. Sie sehen, dass das ausgewiesene Ergebnis CHF 1'400'000 ist. Dann haben wir einen Einfluss aufgrund der zusätzlichen Abschreibungen der Vorjahre, die das Ergebnis schmälern um rund CHF 1'100'000. Auf der anderen Seite haben wir die Einlage in die Vorfinanzierung von rund CHF 4'000'000 und wir haben eine erstmalige Rückstellung für den Finanzausgleich gemacht von CHF 1'800'000, wie wir auch erstmalig eine Rückstellung für Ferien und Mehrstunden der Mitarbeitenden von CHF 397'000 gemacht haben. Man sieht, wenn man diese Zahlen summiert, dass das betriebswirtschaftliche Ergebnis CHF 6'500'000 ausmacht für das Jahr 2010. Wenn man das mit den anderen Rechnungsjahren vergleicht, 2009, 2008, 2007, dann sieht man, dass wir gegenüber 2009 wesentlich darunter liegen, auch noch gegenüber 2008, aber gegenüber 2007 liegen wir wesentlich darüber. Wir sind auf einem guten Weg.

Ein Wort dazu, wo die wesentlichen Veränderungen sind gegenüber dem Budget 2010. Die wesentlichen Veränderungen sind hauptsächlich bei den eigenen Beiträgen zu verzeichnen, dort sind rund CHF 5'400'000, wo wir einen grösseren Aufwand zu verzeichnen haben gegenüber dem Budget. Der Hauptbrocken hier sind die Auswirkungen des Finanzausgleich, CHF 6'100'000 mussten wir mehr bezahlen, als wir ursprünglich budgetiert haben. Budgetiert waren CHF 4'500'000 für das Jahr 2010 und die Rechnung war CHF 6'100'000 höher. Der Gemeinderat geht davon aus, dass dies nicht reicht, und dass wir nochmals rund CHF 1'800'000 Rückstellungen machen müssen. Auch diese Rückstellung von CHF 1'800'000 sind in dieser Aufwandsposition der eigenen Beiträge enthalten. Ich habe von Herrn Pfister gehört, dass die Medienmitteilung gemacht wurde und dass die Mitteilung gemacht wurde, wie hoch der Finanzausgleich effektiv ist für das Jahr 2010. Er ist effektiv noch ein bisschen mehr als die CHF 1'800'000 zusätzlich, also noch CHF 147'000 mehr. Der Gesamtbetrag ist rund CHF 9'000'000. Die CHF 1'800'000 waren durchaus geschäftsmässig begründet, dies vielleicht an die Adresse der Fireko, wenn ich das so sagen darf. Man konnte es im Bericht lesen, dass hier gewisse Kritik ausgeübt wurde am Vorgehen des Gemeinderates.

Was hat sich beim Aufwand verändert: Es gibt noch die Einlagen in die Sonderfinanzierungen, die CHF 4'000'000 für die Vorfinanzierung Schulhaus. Eine Änderung gab es noch beim Personalaufwand, dort sind wir ein bisschen zurückgegangen, rund CHF 394'000.

Die wesentlichen Änderungen auf der Ertragsseite sind die Steuereinnahmen, die sich wesentlich verändert haben gegenüber dem Budget 2010. Bei den natürlichen Personen waren Zunahmen zu verzeichnen von CHF 4'300'000 unter dem Strich inklusive Quellensteuer. Bei den juristischen Personen sind es plus CHF 2'600'000, die wir verzeichnet haben. Also rund CHF 7'400'000 Mehrerträge bei den Steuern. Das war der Grund, weshalb wir den hohen Finanzausgleich abfedern konnten. Die Veränderungen bei der funktionalen Gliederung. Hier ist deutlich abzulesen, dass wir praktisch überall Einsparungen machen konnten, respektive Mehrerträge. Überall, wo ein Plus ist, sind das Einsparungen. Bei der allgemeinen Verwaltung konnten wir CHF 442'000 einsparen gegenüber dem Budget, bei der öffentlichen Sicherheit rund CHF 512'000. Die zwei einzigen Positionen, wo keine Einsparungen zu verzeichnen sind, sind Bildung, da hatten wir CHF 2'900'000 mehr Aufwand und Finanzen und Steuern. Bei den Finanzen und Steuern ist es ein Minderertrag. Wir haben CHF 45'900'000 Steuereinnahmen budgetiert unter dem Strich, und wir hatten nur CHF 45'800'000. Der Minderertrag ist nur deshalb so tief, weil die höheren Steuern den Finanzausgleichsbeitrag ausgeglichen haben. Ansonsten wäre dort eine viel grössere Differenz.

Im Kreisdiagramm sieht man, wie ich Ihnen das jedes Jahr zeige, wo der grösste Aufwand ist. Zwei grosse Aufwandsbrocken sind die Bildung und die soziale Wohlfahrt. Beide Positionen zusammen verursachen einen Aufwand von rund 45%. Ich habe mir überlegt bei der Vorbereitung der heutigen Ausführungen, wie das Kreisdiagramm in den letzten Jahren aussah, und ob es Veränderungen gab. Es gab effektiv Veränderungen, es hat nicht jedes Jahr so ausgesehen. Die soziale Wohlfahrt hatte im 2009 rund 21% des Aufwands verursacht. Der Rückgang auf die 18% war eine Auswirkung des

Finanzausgleichs. Beim Verkehr waren es im 2009 12% und jetzt sind es nur noch 5%. Auch das ist eine Auswirkung des Finanzausgleichs. Der Hauptbrocken beim Finanzausgleich ist natürlich bei den Finanzen und Steuern, das ist der grosse Beitrag, den wir leisten müssen. Im 2009 sind das nur 2% beim Aufwand, jetzt sind das 18%. Das sind die drei wesentlichen Veränderungen gegenüber den letzten Jahren.

Beim Ertrag gibt es nicht viel Neues gegenüber den letzten Jahren. Aus den Steuern und Gebühren resultiert der hauptsächlichste Ertrag unserer Gemeinde. Das sind 73% bei den Steuern und 10% Umwelt, Raumplanung, also Gebühren. Rund 83% der Erträge werden dort generiert. Zur Entwicklung der Steuereinnahmen sehen Sie das, was ich ganz am Anfang gesagt habe. Gegenüber der Rechnung 2009 sind die Steuern um rund CHF 1'000'000 zurückgegangen. Der hauptsächlichste Rückgang ist bei den juristischen Personen. Das sieht man sehr gut, weil bei den natürlichen Personen die Steuereinnahmen in den letzten drei bis vier Jahren konstant sind. Bei den juristischen Personen gab es Veränderungen, deshalb haben wir rund CHF 1'000'000 weniger zu verzeichnen.

Das Ergebnis der laufenden Rechnung, rückwirkend betrachtet auf die letzten 11 Jahre seit 2002, sehen Sie auf dieser Folie. Sie sehen, wir hatten im 2001 mehr Aufwand von CHF 2'500'000 verzeichnet, und im 2008 mehr Ertrag von CHF 2'500'000. Das ist eine grosse Diskrepanz zwischen den Abschlüssen. Man sieht auch sehr schön aufgrund dieser Folie, wie sich das Ergebnis entwickelt hat. Ich habe genauer geschaut, in den 11 Jahren hatten wir vier Jahre Mehraufwand zu verzeichnen und 7 Jahre Mehrerträge. Die Mehrerträge sind wesentlich höher als der Mehraufwand. Wir sind sicher auf einem guten Weg. Zur Investitionsrechnung. In der Rechnung 2010 haben wir CHF 6'400'000 getätigt, budgetiert waren CHF 9'900'000. Der Grund für die weniger Investitionen war hauptsächlich die Einsprache im Submissionsverfahren bezüglich dem Feuerwehrmagazin, aber auch die Verzögerungen bei Erschliessungsprojekten, die dazu geführt haben, dass man die Investitionen nicht vornehmen konnte. Noch ein Wort zur Nettoschuld respektive Nettovermögensentwicklung. Seit 2009 haben wir ein Nettovermögen pro Einwohner von CHF 59. Im Jahr 2010 konnten wir das sogar auf CHF 155 erhöhen pro Einwohner. Was Sie auch sehen in dieser Vorlage, ist, dass die mittel- und langfristigen Verpflichtungen um CHF 500'000 abgenommen haben. Es ist dem Gemeinderat bewusst, dass dieser Betrag nicht so hoch ist, wie das ein Teil der Mitglieder der Fireko gern gesehen hätten. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass es richtig ist, dass wir nicht ganz runtergefahren sind.

Zum Eigenkapital. Auch hier sehen Sie eine positive Entwicklung seit dem Jahr 2007. Sie mögen sich an die finanzpolitischen Zielsetzungen erinnern. Wir haben immer gesagt, dass das Ziel ist, CHF 6'000'000 Eigenkapital zu erreichen. Mit dem Abschluss 2010 sind wir auf CHF 7'570'000 angestiegen. Freude herrscht, aber – das grosse Aber kommt immer wieder -, wenn man schaut, was die Empfehlungen des HRM2 sind, auch wenn es erst im 2014 kommt, dass das Eigenkapital, das sich dort Eigenkapitalhinterlegung nennt, 12% des Umsatzes ausmachen soll. Bei uns ist der Umsatz rund CHF 82'000'000. Wir müssten ein Eigenkapital von rund CHF 10'000'000 haben. Auch wenn jetzt die Freude gross ist, dann ist sie noch nicht ganz gestillt, weil wir noch nicht bei den CHF 10'000'000 sind. Drei Folien zur Spezialfinanzierung. Wir haben überall Ertragsüberschüsse, bei der Wasserversorgung, bei der Abwasserentsorgung und bei der Abfallbeseitigung. Wir sind bei allen drei Spezialfinanzierungen auf Kurs und im Budget. Gerade was die Wasserversorgung betrifft, da haben wir CHF 456'000 Ertragsüberschuss, das entspricht dem Budget. Wir haben per Ende 2010 den Bilanzfehlbetrag abgebaut und Eigenkapital aufgebaut von CHF 456'000. Bei der Wasserversorgung sind wir bei rund CHF 1'000'000, dies entspricht genau dem Budget. Bei der Abwasserentsorgung ist es in etwa das gleiche Bild. Wir haben auch einen Ertragsüberschuss zu verzeichnen von CHF 35'000. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 950'000, diese liegen ein bisschen höher als budgetiert, weil einzelne Beiträge noch nicht eingegangen sind. Das Eigenkapital der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung beträgt CHF 6'180'000, auch das alles im Budgetplan. Bei der Abfallbeseitigung haben wir auch einen Ertragsüberschuss von CHF 65'000, auch das entspricht dem Budget. Die Nettoinvestitionen sind CHF 93'000. Auch hier alles im grünen Bereich.

Noch ein Wort zur Zielerreichung. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Jahresrechnung 2010 weiter zur Erreichung der langfristig strategischen Finanzziele beiträgt. Wir haben alle Ziele erreicht, wir haben einen positiven Rechnungsabschluss, wir konnten Eigenkapital aufbauen, wir konnten Schulden abbauen, auch wenn nicht ganz so viel, wie es sich die Fireko vorgestellt hat, wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 133%. Das ist sicher positiv. Alle Netto-Investitionen, die über CHF 3'500'000 liegen, werden mit ordentlichen Abschreibungen finanziert. Die Nettoschuld unter CHF 1'750 haben wir ganz sicher erreicht, wir haben ein Netto-Vermögen.

Welches Fazit und welche Konsequenzen können geschlossen werden, vor allem im Hinblick auf die Diskussion im Dezember, wenn wir das Budget 2012 verabschieden? Der gesamte Steuerertrag 2010 ist um rund CHF 1'000'000 tiefer als im 2009, immer Rechnung 2009 und Rechnung 2010. Trotzdem ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise keine negativen Auswirkungen auf den Finanzhaushalt hat. Wir haben dank Einsparungen und dank den Steuer-Mehrerträgen CHF 4'000'000 bereitgestellt für das Projekt Unser neues Schulhaus. Das ist wichtig, damit wir dort die entsprechende

Basis haben, um dieses Projekt zu realisieren. Wir haben einmalig einen geschäftsmässig begründeten Aufwand von CHF 2'200'000 verbucht, das sind die Rückstellungen für den Finanzausgleich von CHF 1'800'000 und rund CHF 400'000 für die Ferien und Mehrstunden. Wir haben bei den Spezialfinanzierungen durchwegs Mehrerträge ausgewiesen.

Der Finanzhaushalt von Allschwil ist auf Kurs, aber auch leicht vom Kurs wegzubringen. Das wissen alle, die schon länger dabei sind. Das oberste Ziel des Gemeinderates ist mittel- und langfristig ein ausgeglichener Finanzhaushalt. Dies auch in Anbetracht der anstehenden Investitionen, vor allem im Hinblick auf das neue Schulhaus. Es darf keine Änderung in der Finanzpolitik geben. Wichtig ist, dass nachhaltige Entscheidungen wirklich so getroffen werden, und dass eine mittel- und langfristige Planung gemacht wird. Bevor ich schliesse, möchte ich einen grossen Dank aussprechen an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die an der Erstellung der Rechnung 2010 mitgewirkt haben, allen voran Dieter Pfister, Hauptabteilungsleiter Finanzen und Steuern. Mein Dank geht auch an alle Mitglieder Fireko, die die Rechnung umfassend geprüft haben. Ich bitte Sie, die Rechnung 2010 gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu genehmigen.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Die Zahlen der Rechnung 2010 sprechen für sich. Allschwil legt erneut ein sehr gutes Rechnungsergebnis vor. Der Ertragsüberschuss ist doppelt so hoch, wie budgetiert, und das mit dem Knalleffekt des Zusatzaufwands von CHF 6'000'000 in die Wundergugge Neuer Finanzausgleich. Gibt es denn da noch Fragen zur Rechnung? Es gibt Fragen. Es gibt Fragen zur Nachhaltigkeit und zu den Veränderungen, die wir beobachtet haben in den Vorjahren. Es gibt Fragen zur Budgetierung der Steuererträge und Fragen zur Finanzierung. An gleicher Stelle vor einem Jahr habe ich die Frage gestellt, ob das Rechnungsergebnis der Vorjahre 2008/2009 im 2010 eine Bestätigung findet, ob der erfreuliche Trend eine stetige Form annimmt, und ob der Finanzhaushalt der Einwohnergemeinde Allschwil in seiner Struktur eine nachhaltige Veränderung erfahren hat. Die Antwort war ein klares Ja. Warum ist das so? Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Die Fireko ist dem nachgegangen, hier kurz die Antworten.

Erstens: Die Aufwands- Ertragsschere, die im 2008 aufgegangen ist, wurde bestätigt. Bei mehr oder weniger stabilem Aufwand verzeichnen wir signifikant höhere Einnahmen.

Zweitens: Die Steuereinnahmen sind deutlich angestiegen. Die Steuererträge sind im Mittel der letzten drei Jahre um 14,4% höher ausgefallen, als budgetiert, im Jahr 2008 um CHF 6'300'000, im Jahr 2009 um CHF 8'500'000 und im Jahr 2010 um CHF 7'300'000 mehr. Und nicht nur bei den juristischen Personen, sondern auch bei den natürlichen Personen um CHF 4'800'000 im Jahr 2010. Könnte das Lästermäulern nicht den Vorrang geben, um zu verbreiten, dass der Gemeinderat politisch budgetiert? Spass beiseite. Eine indirekte Bestätigung von diesem Sachverhalt ergibt sich aus der Ergebnisdarstellung von Seite 4 in unserem Bericht. Unter Berücksichtigung von den Einmal- und Sondereffekten wird erkennbar, dass die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Jahre 2008 bis 2010 die vorher erwähnte Entwicklung aus einem anderen Blickwinkel eindrücklich wiedergeben.

Drittens: Die Einwohnergemeinde Allschwil ist komfortabel mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Unter diesem Titel und dem Titel der Selbstfinanzierung finden wir eine weitere Antwort auf die gestellten Fragen. Die Einwohnergemeinde Allschwil hat bezüglich der Finanzkraft erkennbar Muskeln zugelegt. Haben wir vor 2008 noch von einer Grössenordnung von CHF 3'500'000 bis CHF 4'000'000 geredet, so ist es heute das Doppelte, wie aus der Tabelle auf Seite 3 unseres Berichts abgeleitet werden kann. Der Durchschnitt der letzten drei Jahre ist CHF 9'500'000. Die erfreuliche und mit der Rechnung 2010 bestätigte Konsequenz hat aber auch eine direkte Auswirkung auf die Finanzierung, respektive auf die Bewirtschaftung der flüssigen Mittel. Allschwil ist gemessen an den kurz- bis mittelfristigen Investitionen und Verpflichtungen, wie zum Beispiel die Rückzahlung von Darlehen, deutlich überfinanziert. Wir begründen mit der Planrechnung auf Seite 3 unsere diesbezüglichen Einschätzungen. Wir möchten mit dieser Projektion verständlich machen, dass auch strategisch aufgenommenes billiges Fremdkapital zur Zinsabsicherung einen absehbaren operationellen Gegenwert, Finanzierung von Investitionen und dergleichen, auslösen sollte. Wir würden es begrüßen, wenn auch andere Optionen in die Bewegungen einbezogen werden. Die Kommission denkt hier nicht zuletzt an die Finanzierungsstrategie für das Grossprojekt neues Schulhaus. Fazit: Die Einwohnergemeinde Allschwil ist finanziell gut unterwegs. Die deutlich gestiegene Steuerkraft und eine gut geführte und effiziente Verwaltung haben dazu beigetragen. Die Fireko beantragt dem Einwohnerrat Allschwil die Jahresrechnung 2010 zu genehmigen und den Antrag des Gemeinderates zur Ertragsüberschussverwendung nach Paragraph 30 der Gemeindefinanzordnung anzunehmen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Fireko sehr herzlich für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte auch im Namen der Kommission Nicole Nüssli und Dieter Pfister danken, die für unsere Anliegen immer zugänglich sind. Zuletzt möchte ich noch eine Anregung ans Büro platzieren und beliebt machen, dass die gedruckte Jahresrechnung und der Bericht der Fireko, ähnlich wie der Geschäftsbericht, nach Vorliegen dem Einwohnerrat zugestellt werden, auch wenn die Traktandenliste noch nicht abschliessend festgelegt

wurde. Die Zeitspanne fürs Studium und die Beratung dieser komplexen und wichtigen Dokumente ist unseres Erachtens zu kurz.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten wird. Das ist nicht der Fall, somit eröffne ich die Beratung über das ganze Geschäft.

Josua Studer, parteilos: Ich hätte gerne andere Worte gehört, aber jetzt hatte ich Angst, dass sich bald niemand mehr meldet, deswegen habe ich mich jetzt gemeldet. Die Rechnung sieht sehr gut aus, sie sieht besser aus als bei der letzten Budgetdebatte, wo wir Steuersenkungen wollten. Ich möchte euch aus dem Geschäftsbericht, den wir später behandeln werden, das Zitat lesen von Peter Ustinov, das Dr. Anton Lauber, unser Gemeindepräsident, genommen hat, um seinen Geschäftsbericht zu beschreiben: „Die Menschen, die etwas von heute auf morgen verschieben, sind dieselben, die es bereits von gestern auf heute verschoben haben“. Wir diskutieren alle Jahre auf meinen Antrag hin immer circa 30 Minuten über eine Steuersenkung und wir kommen nicht weiter. Nehmt euch diesen Spruch zu Herzen. Im Dezember haben wir die nächste Möglichkeit, da können wir eine Steuersenkung machen, die der Bevölkerung etwas bringt. In der jetzigen Zeit, wo es viele schwer haben, ist jeder Rappen etwas wert. Unsere Rechnung der Gemeinde verträgt es, wenn wir nächstes Jahr die Rechnung 2011 haben werden. Gesamthaft gesehen, kann man nicht viel zur Rechnung sagen. Die Rechnung ist Geschichte und wir werden es gleich gut machen das nächste Mal.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben die Rechnung angeschaut und uns in das auch aufgefallen, was im Bericht der Fireko auf Seite 7 in Absatz 2 und 3 geschrieben wurde. Wir meinen aber trotzdem, dass man dieser Rechnung selbstverständlich zustimmen sollte. Sie ist erfreulich ausgefallen, was auch der Bericht der Fireko feststellt. Die Konsequenzen auf Seite 7 sind nicht heute zu besprechen, sondern dann, wenn es um das Budget geht.

Jérôme Mollat, FDLP/GLP-Fraktion: Zur Rechnung 2010 gibt es nicht allzu viel anzumerken. Allschwil geht es finanziell sehr gut, dies bereits zum dritten Mal. Es sind Anzeichen zu erkennen, dass die Verbesserung nachhaltig ist. Wir sind weiterhin der Meinung, dass die von uns geforderte moderate Steuersenkung sehr wohl vertretbar und vernünftig wäre. Wir möchten anregen, dass die Verwaltung in Zukunft, wenn die Budgetbesprechung im Dezember ansteht, besser kommuniziert, und dass klar gesagt wird, dass die düsteren Prognosen, die dann jeweils erstellt werden, sehr unsicher sind. Bisher wurde meistens kommuniziert, dass ein schlechter Abschluss, schlechter als budgetiert, bevorsteht. Wir würden es begrüßen, wenn klar gesagt wird, dass diese Prognosen unsicher sind.

Thomas Möller, SP/EVP-Fraktion : Die SP ist auch der Meinung, dass der Abschluss sehr erfreulich ist. Die guten Zeiten, die momentan herrschen, man weiss nicht, wie lange noch, werden genutzt, um Reserven zurückzustellen, um die anstehenden Grossprojekte zum Teil vorzufinanzieren. Obwohl es im Moment sehr gut aussieht, ist es mit Vorsicht zu geniessen. Die Projekte, die anstehen, sind enorm hoch, so hoch wie glaub noch nie. Es gibt noch weitere Projekte wie Wohnen im Alter, das auch noch ein Thema sein wird. Weil auch in Zukunft eine grosse Abhängigkeit der juristischen Personen gegeben sein wird, müsste man das Ergebnis relativieren. Es herrscht nicht nur Freude, mal schauen, wie sich das entwickelt. Steuersenkungen sind nicht Thema von dieser Genehmigung heute. Das können wir dann im Herbst besprechen. Wir haben sonst der Rechnung nichts beizufügen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir jetzt zur Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Laufende Rechnung

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

5. Soziale Wohlfahrt

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

8. Volkswirtschaft

9. Finanzen und Steuern

Investition

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

6. Verkehr

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich habe eine kleine Frage zur Rechnung, mehr aus Neugier. Auf Seite 77, Ziffer 620-501.60, ist ein Sonderkredit von CHF 200'000 für Parkplätze an der Baslerstrasse. Ich habe aus dem Geschäftsbericht entnommen, dass die Bauarbeiten am Kreisel beendet sind. Dass Stützmauern versetzt wurden, habe ich nicht gesehen. Mich nimmt wunder, was mit diesem Kredit passiert. Wird die Stützmauer noch verschoben oder ist das mittlerweile hinfällig?

Robert Vogt, Gemeinderat: Es war im Moment noch nicht nötig, die Stützmauern zu versetzen, dementsprechend war der Betrag noch nicht fällig.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich habe eine Frage dazu. Auf Seite 77 ist für das Budget 2011 nichts drin. Die CHF 200'000 sollten wenigstens noch dort sein, wenn man sie noch nicht vergessen kann. Die sind hier nicht drin unter dem Budget 2011 auf Seite 77, darum haben wir gestutzt. Wir haben uns gefragt, ob es abgeschrieben wurde oder hinfällig ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Baslerstrasse wird ja umfassend saniert. Im Rahmen der Sanierung werden vom Grabenringkreisel aus in Richtung Dorf die Stützmauern versetzt, damit die Parkplätze gerettet werden können. Dies wird erst im Rahmen des Ausbaus der Baslerstrasse gemacht, was im Moment auf der langen Bank liegt. Das ist ein kantonales Projekt. Die Parkplätze, die jetzt am Grabenring entstanden sind, die sind privat, das hat mit der Gemeinde nichts zu tun.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Müssen denn die CHF 200'000, die wir im Rat gesprochen haben, nicht irgendwo stehen? Mein Verständnis von Investitionsrechnung ist, dass sie wenigstens da sind, auch wenn man aus anderen Gründen den Betrag anders einsetzt oder kippt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Das ist in unserem Finanzplan enthalten, aber noch nicht budgetiert.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Das heisst, es fehlt hier?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ja

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Frau Nüssli. Im Fireko-Bericht auf Seite 3 steht oben, dass die Gemeinde mit Fremdkapital überlastet ist. Man hat zu viel Kredite aufgenommen im 2009 und 2010. Ich gehe davon aus, dass wir im 2011 diese Überbelastung von Fremdkapital immer noch haben. Ist das richtig?

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich höre von Dieter Pfister, dass wir auf CHF 9'000'000 abgebaut haben. Nochmals ein Wort zu dieser Tabelle mit der Überfinanzierung. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Tabelle insofern korrekt ist, respektive rechnen wir mit anderen Zahlen. Sie haben aufgrund der Ausführungen der Fireko gesehen, dass die Überfinanzierung von den rund CHF 12'500'000 per Ende 2011 nur so entsteht, indem die Fireko mit einer Selbstfinanzierung von CHF 8'500'000 respektive in den nächsten Jahren mit CHF 8'000'000 rechnet. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die CHF 8'000'000 wesentlich zu hoch sind. Wir sind der Meinung, dass wir maximal CHF 5'000'000 Selbstfinanzierung in den nächsten Jahren planen. Und dann sieht das Thema Überfinanzierung ganz anders aus. Da sind wir nicht ganz der gleichen Meinung wie die Fireko. Das ist ein sehr finanztechnisches Thema und ich denke, wir könnten mit diesen Ausführungen die ganze Sache abschliessen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe erst eine Frage gestellt, meine Meinung dazu aber noch nicht geäussert. Ich gehe davon aus, dass die Gemeinde Allschwil immer noch genug Liquidität hat, insbesondere da sie auf Seite 89 zwei Darlehen aufgenommen hat im 2009 und 2010, die wir nicht gebraucht haben. Was wir für diese Darlehen bezahlen mussten, das sind die Zinsen. Die Zinsen schlagen in der Rechnung 2010 mit CHF 85'000 zu Buche. Frau Nüssli hat in ihrem Votum gesagt, dass sie die Strategie des Gemeinderates mit der Aufnahme dieser zwei Darlehen als richtig erachtet. Diese Meinung kann ich nicht teilen, insbesondere da wir bereits CHF 85'000 ausgegeben haben, und bereits bis Mitte Jahr CHF 63'000 Zinsen bezahlen müssen. Dies als kleine Korrektur.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Das ist hervorragend, ich erhalte nochmals das Wort. Ich nehme gerne nochmals dazu Stellung. Es ist klar, wenn der Gemeinderat ein Darlehen aufnimmt, dass wir Zinsen bezahlen müssen. Es ist auf der anderen Seite auch klar, dass der Gemeinderat immer wieder vor dem Punkt steht, ob er ein neues Darlehen aufnehmen muss oder nicht. In der Retrospektive, so wie es die Fireko machen kann, indem sie Ende Jahr die Rechnung prüft, da sind sie dem Gemeinderat ein paar Monate voraus zum Gemeinderat, der ein paar Monate entscheiden musste, ob er eines aufnehmen muss oder nicht. Die Retrospektive ist immer einfacher, da kann jeder kommen und im nachhinein sagen, dass es nicht nötig war und es wäre viel besser, wenn man es nicht gemacht hätte. Der Gemeinderat muss den Entscheid aber viel früher treffen. Der Gemeinderat hat diesen Entscheid damals getroffen, die CHF 5'000'000 auf sieben Jahre aufzunehmen und haben dort, ich sag es nochmals, wir haben es auch der Fireko präsentiert, den absolut tiefsten Zeitpunkt für die Zinsen erwischt. Jeder Finanzexperte würde sagen, hervorragend. Aber es ist klar, man kann heute kommen und sagen, dass man genug flüssige Mittel hatte. Aber zu diesem Zeitpunkt, wo wir es aufgenommen haben, wussten wir es noch nicht. Es sind auch Schwankungen da. Die Ausgaben sind nicht immer zu einem Stichtag da. Es gibt Schwankungen, wo wir einmal mehr oder weniger Geld brauchen. Irgendwann in dieser Zeit muss der Entscheid gefällt werden. Wenn dem nicht so ist, dann könnte der Gemeinderat sagen, dass er wartet,

bis jemand von der Verwaltung, vom Hoch- oder Tiefbau sagt, dass er Geld braucht. Dann rennt Dieter Pfister auf die Bank und fragt: Liebe Bank, wie viel kostet diese Geld? Dann ist es keine Planung mehr, sondern nur noch ein Handeln auf den Drücker. Das ist nicht richtig. Wir müssen weiter planen. Wenn wir die Planung machen, dann müssen wir halt Annahmen treffen. Diese Annahmen haben wir getroffen und meinen, dass es richtig war, diese CHF 5'000'000 damals aufzunehmen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich muss die Ausführungen von Nicole Nüssli unterstützen. Vor wenigen Monaten haben alle gesagt, dass die Zinsen steigen werden, die Nationalbanken ziehen an usw. Es wurden viele Hypotheken abgeschlossen, dann sind die Zinsen tatsächlich ein bisschen gestiegen, jetzt sind sie wieder am runterkommen. Der Gemeinderat kann nicht sagen, wie sich der Finanzmarkt in den nächsten Monaten entwickeln wird, das kann niemand. Es ist immer eine Frage, die man im nachhinein kritisieren kann, wenn man das Ergebnis weiss. Aber es hätte sein können, dass das Zinsniveau dauerhaft ansteigt. Vorausssehbar ist das nicht, aber wir hatten jetzt Glück, dass wir zu sehr guten Konditionen Verbindlichkeiten eingehen konnte. Ich glaube, da kann man niemandem einen Vorwurf machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung über die Anträge. Die Anträge des Gemeinderates und der Fireko sind identisch.

1. Im Sinne von § 30 der Gemeindefinanzverordnung wird der Ertragsüberschuss wie folgt verwendet:
a) Einlage von CHF 4'000'000. in die Vorfinanzierung „Unser neues Schulhaus“.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

1. Im Sinne von § 30 der Gemeindefinanzverordnung wird der Ertragsüberschuss wie folgt verwendet:
a) Einlage von CHF 1'427'393.01 ins Eigenkapital.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2010 wird genehmigt (Geschäft 3994).

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

603 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 23.03.2011 sowie Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2011 betreffend Geschäftsberichte 2010 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3972 / A

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Man hat es vorhin gut gemerkt und gehört, zusammen mit der Rechnung und mit dem Geschäftsbericht werden Prognosen zu Wahrheiten. Ich weiss nicht, ob es immer so einfach ist zu sagen, was richtig und was falsch ist. Aber man kann Rechenschaft darüber ablegen, was im vergangenen Jahr gelaufen ist und was noch auf uns zukommen wird. Ich durfte es bereits im Info schreiben, dass ich grundsätzlich rundum zufrieden und glücklich bin und auf ein erfolgreiches Jahr

zurückschauen kann. Das erste Beispiel ist die Rechnung, wo wir wieder einmal sehr positiv abschliessen konnten. Aber auch der Geschäftsbericht zeigt auf, dass wir viel erreichen konnten, es wurde viel angedacht und auch in Zukunft wird viel aufgegleist. Die Gemeinde Allschwil darf für sich in Anspruch nehmen, ein ausserordentliches dynamisches Gemeindegewesen zu sein, das in vielen Positionen in Anspruch nehmen darf eine Leaderfunktion oder Leaderposition unter den Gemeinden im Kanton Baselland einzunehmen, was mich speziell stolz macht. Wenn wir die Rechnung anschauen, dann stelle ich fest, dass eine solche Rechnung letztendlich zusammen mit einem Geschäftsbericht nur so positiv aussehen kann, wenn ein striktes Qualitätsmanagement und ein gutes Kostenbewusstsein auf der Gemeinde implementiert ist, gepaart mit einer Budgetdisziplin. Es gab Unwägbarkeiten mit einem Finanzausgleichsgesetz, das haben Sie gehört, indem die Schere aufgegangen ist zwischen dem Oberbaselbiet, die abgenommen hat, und dem Unterbaselbiet, das deutlich zugenommen hat. Sie konnten den Medien entnehmen, dass wir eine Vorlage im Landrat haben, die einen maximalen Abschöpfungssatz bringen soll, maximal 17% der Steuerkraft sollen abgeschöpft werden. Diese Diskussionen sind jetzt in vollem Gang. Wenn man das Jahr 2011 in der Prognose anschaut, dann sind wir nur knapp daneben gelegen mit der Prognose. Der Abschöpfungssatz ist im Schnitt immer noch bei rund 17% und damit immer noch am obersten Level. Zurzeit ist es schwierig das Verhältnis zwischen dem oberen und unteren Kantonsteil oder ich sage es lieber so, zwischen den Gebern- und den Nehmergemeinden zu definieren. Im Rahmen der Diskussion um die Revision des Finanzausgleichsgesetzes wird das ein Thema sein. Ein Thema, bei dem letztendlich auch Kooperationen zwischen Gemeinden und das ewige Thema Gemeindefusionen diskutiert werden. Ich wurde angesprochen im Rahmen der GPK zum EuroAirport, wo man weitere Ausführungen wollte. Es ist schwierig, jedes Einzelinteresse in einem Geschäftsbericht auszudeutschen. Wenn Sie meinen Ärger des letzten Jahres wissen möchten, dann ist das der Wirtschaftlichkeitsbericht, der vom EuroAirport publiziert wurde. In diesem Bericht wird zu Recht, aber leider nur einseitig, darauf hingewiesen, dass sich der EuroAirport ein Nachtflugverbot von 23.00 Uhr 06.00 Uhr nicht leisten kann. Es wird mit keiner Silbe in irgendeiner Form auf Umweltverträglichkeit oder Nachhaltigkeit Bezug genommen. Nebst den Auswirkungen des EuroAirports bezüglich Arbeitsplätze und Umsatz und Bedeutung für die Wirtschaft wurde kein Wort darüber gesagt, welche Bedeutung der EuroAirports für die Bevölkerung hat. Da rede ich von den Grundstücken, von Gesundheit etc. Das sind Aspekte, die auch abgeklärt werden müssen, insbesondere wenn sich der Kanton selber einem Nachhaltigkeitskompass unterwirft. Wie bei allen grossen Vorhaben sollte das auch hier der Fall sein. Herr Rämi, es waren ein paar wenige dabei, als die Pistensanierung vorgestellt wurde, hat sich grundsätzlich bereit erklärt, dieses Thema anzugehen. Das wird ein wichtiger Schritt sein im laufenden Geschäftsjahr oder auch später, dass wir diesem Thema nachgehen. Es steht im Landrat eine Petition an und die Forderung nach dem Nachtflugverbot von 23.00 Uhr bis 06.00 Uhr, wo wir uns nach wie vor mit grossem Nachdruck dafür einsetzen. Wenn wir schauen, was in den Departementen gelaufen ist und was noch auf uns zukommt, dann darf ich zum Hochbau sagen, dass wir endlich am Feuerwehrmagazin bauen, was uns sicher alle sehr freut, insbesondere die Feuerwehr. Wir haben einen riesigen Stein ins Rollen gebracht mit dem Projekt Unser neues Schulhaus. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auf dem Boden bleiben, auch bei guten Rechnungsabschlüssen. Ich male überhaupt nicht schwarz, sondern versuche vorab realistische Prognosen zu machen. Wir bezahlen CHF 50'000'000 wahrscheinlich für das Projekt Unser neues Schulhaus. Die CHF 50'000'000 müssen finanziert werden. Ich sage nichts neues, es liegt auf der Hand, wie wir das machen können. Wir machen das mit den Steuereinnahmen, das ist eine Variante. Die zweite Variante ist, dass wir etwas verkaufen. Das ist eine andere Variante. Eine dritte Variante ist, dass wir etwas überbauen. Dazu haben wir auch schon kritische Voten gehört. Wir sind daran, alle Voten, die im Einwohnerrat dazu vorgebracht wurden, zu prüfen, auch das so genannte Grünanlagenkonzept auf die Beine zu stellen. Ich möchte mit Blick auf Diskussionen, die wir im Vorjahr hatten und der kommenden Diskussionen zeigen, dass auch die Gemeinde Allschwil nicht das Weggli und den Batzen erhalten wird. In irgendeiner Form müssen wir zu diesem Projekt stehen. Wir finden das Projekt notwendig, wir haben steigende Kinderzahlen. Das ist höchst erfreulich, wir werden Kindergärten eröffnen können. Harmos, das 6. Schuljahr, muss umgesetzt werden, und wir werden in diesem Jahr die Tagesschule erstmals in Gang setzen können. Damit ist klar, dass das Treten an Ort nicht mehr reicht. Wir müssen im Bereich des neuen Schulhauses mit voller Kraft vorwärts machen. Bei der Raumplanung möchte ich folgendes diskutieren. Ich war an vielen Anlässen und bin speziell immer einer Person begegnet, die Unterschriften gesammelt hat. Ich denke, das ist korrekt. Ich möchte hier klar deponieren, dass wir in den sozialen Diensten das Alterskonzept verabschieden konnten. Mit dem Alterskonzept hat sich der Gemeinderat klar auf eine Strategie festgelegt. Er ist auch fest entschlossen, die Strategie so zu verfolgen. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, dass das Alterskonzept ein Papiertiger bleibt. Betreutes Wohnen ist das Stichwort, wo wir der Meinung sind, dass das betreute Wohnen im Bereich des heutigen Elefantenackers am Besten aufgehoben wäre. Wenn man das Gefühl hat, es wäre irgendwo anders möglich, dann kann man mir das gerne kommunizieren. Wir können auf den Dürrenmattweg gehen, da werden andere etwas dagegen haben. Wir können warten, bis

es ein Privater macht, oder wir nehmen selber die Hände aus dem Sack und machen selber etwas auf einer eigenen Parzelle. Dazu bietet sich der Elefantentacker an. Es wäre schade, wenn man das ganze Projekt vernichten und zu Grabe tragen würde.

Der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, dass die Buslinie 48, Sie konnten das heute in der Zeitung lesen, den ganzen Tag fährt. Prompt gibt es Reaktionen aus Basel-Stadt. Es ist eine alte Geschichte, die offenbar immer noch aktuell ist. Ich kann es schlicht nicht nachvollziehen, was die für ein Problem haben. Der Bus ist ein öffentliches Verkehrsmittel. Jeder, der im Bus sitzt, sitzt nicht in seinem Auto. Ich habe es Basel-Stadt mehrfach erklärt, dass so einfach und schnell ein Tram Nummer 8 weder gebaut, geschweige denn finanziert ist durch die Binningerstrasse, Fabrikstrasse ins linksufrige Bachgrabengebiet. Ich sehe nicht ein, was heute an der Buslinie 48 schlecht sein soll.

Wir haben den Damm im Mühletäli realisiert. Er hat sich mittlerweile daran gewöhnt, aber Sie haben gesehen, dass es ein harter Einschnitt in eine solche Landschaft ist. Die gleiche Diskussion, das war der zweite Teil des damaligen Projekts, ist das Hochwasserrückhaltebecken im Lützelbachtäli. Wir hatten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, und die Arbeitsgruppe hat einen schweren Job. Wir reden vom Naherholungsgebiet, wir reden von Grundeigentümern, Anwohner und Anwohnerinnen und wir reden von der Landwirtschaft. Gleichzeitig kommt eine Gebäudeversicherung und verlangt, dass wir einen Hochwasserschutz vornehmen. Eine alte Pendeuz, aber noch hoch aktuell und ich hoffe, dass wir hier zu einer tollen Lösung kommen werden, die allen Interessen gerecht wird.

Ein Thema ist nach wie vor die Frage einer Verkehrsentslastung des Durchgangsverkehrs der Gemeinde Allschwil. Wir haben das auch im Rahmen des Richtplanes diskutiert, wo das unter dem Thema Südumfahrung abgehandelt wurde. Heute läuft das Projekt ELBA, Entwicklungsplanung Leimental Birseck Allschwil, wo wir den Modalsplit suchen für die verschiedenen Verkehrsträger, ÖV und IV. Wir stehen da erst am Anfang und werden uns da noch die Köpfe zerbrechen, wie wir das in Zukunft lösen werden. Fakt ist nach wie vor, dass auch die kleinen Gemeinden wachsen und damit wird der Pendlerverkehr zunehmen, weil man in der Stadt arbeitet. Das sind wichtige Aspekte, die auf uns zukommen. Beim ÖV haben wir von Eiltrams und neuen Trassees gesprochen. Das ist relativ schwierig, weil die Talachsen bereits gebaut respektive verbaut sind. Da werden auch happige Diskussionen auf uns zukommen. Für den Einwohnerdienst Sicherheit haben wir einiges Neues erreicht, zum Beispiel die neuen Einwohnerregister, wo wir a jour sind und wissen, wo wer wohnt und mit welchen Ecken und Zimmern. Gleichzeitig hatten wir grosse Diskussionen über die Reorganisation der Gemeindepolizei. Dieses Thema ist noch nicht definitiv abgeschlossen. Es stellt sich nach wie vor die Frage der Kompetenz, Gemeindepolizei Kantonspolizei. Auch das ist ein Thema, das noch pendent ist. Ich wollte damit kurz aus den wichtigsten Themen Ihnen ein paar Flashs geben aus der Vergangenheit. Sie haben im Geschäftsberichtteil gesehen, dass ich mir immer wieder das Recht hinausnehme in die Zukunft zu schauen. Wir sind jetzt Mitte Jahr und ich denke, es ist gut, wenn man weiss, was uns aktuell beschäftigt. Rundum zufrieden darf ich Ihnen sagen, es läuft aus meiner Sicht sehr gut und ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir helfen, insbesondere der Verwalterin Sandra Steiner, die die Last der Verantwortung trägt, dem Gesamtgemeinderat, der hervorragend zusammenarbeitet, ohne das wäre es nicht möglich. Ich danke auch dem Einwohnerrat, diese Art von Zusammenarbeit, wo Exekutive und Legislative in Allschwil pflegen, ist hohe Schule. Die Gemeinde Allschwil profitiert auch davon, dafür möchte ich Ihnen allen danken.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Die GPK hat wie üblich die jährlich erschienenen Geschäftsberichte des Gemeinderates, Schulräte, Primar-, Sekundar- und Musikschule sowie Sozialhilfe und Vormundschaftsbehörde und vom Wahlbüro erhalten, geprüft und in einem Bericht zusammengestellt. Zu den einzelnen Berichten hat die GPK ergänzende Informationen eingeholt und die sind anhand von einzelnen Beispielen dokumentiert. Ich möchte nicht viel länger werden. Toni Lauber ist sehr detailliert auf einzelne Sachen eingegangen, trotzdem möchte ich noch ein paar Sachen erwähnen. Ein Beispiel ist sicher auch das vom Fluglärm, besonders wegen der Einhaltung und Ausweitung der Nachtruhe, insbesondere mit dem Instrument des Forums Flughafen und Region. Das ist uns ins Auge gestochen, insbesondere mit der Nutzung von ILS 33, was ja momentan ausfällt, weil dort gebaut wird. Im kleinerem Umfang haben wir uns mit der Sicherheit beschäftigt am Kreisel von Gartenstrasse, Baslerstrasse, Grabenring. Dort ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr deutlich verbessert werden kann. Die GPK teilt diese Sicht nicht ganz, aber das hat auch damit zu tun, dass die ganze Situation neu ist. Wenn sich jeder Velofahrer und Autofahrer an diese Situation gewöhnt hat, dann kann man das mit Routine erreichen, dass die Sicherheit relevant verbessert wird. Die GPK hat sich mit der Situation des Kindergartenkonzepts beschäftigt. Weil das in das vorhin bereits angeschnittene grosse und weite Thema Unser neues Schulhaus fällt, möchte ich gar nicht mehr dazu sagen. Es wurden diverse Varianten angedacht, diese sind auch im Bericht lesbar. Kurz zu den Einwohnerdiensten und Sicherheit. Dort ist die Handwerkerparkkarte ins Auge gestochen, weil das ein kommunales leidiges Thema ist. Der Gemeinderat hat zur Antwort gegeben, dass dies kein Thema sei,

weil die grosse Mehrheit sowieso weisse Parkplätze sind. Im Hinblick auf die Parkraumbewirtschaftung des Kantons und auch des Kantons Basel-Stadt dürfte das in Zukunft zu einem Thema werden, wo wir auf eine sinnvolle Lösung drängen müssen. Soweit das die GPK beurteilen kann, sind alle Geschäftsberichte, die wir erhalten haben, ein Abbild der tatsächlichen Tätigkeit und die relevanten Berichte innerhalb des Jahres sind sehr gut dargestellt. Alle Kapitel haben an Inhalt, Umfang und Informationsdichte einen angemessenen Rahmen. Ebenfalls haben wir den Geschäftsbericht der Schulräte und des Wahlbüros dankend zur Kenntnis genommen. Auch diese Tätigkeiten sind gut dokumentiert. Von der GPK aus bleibt mir nichts anderes mehr übrig als allen Beteiligten für die Beiträge sehr fest zu danken. Die GPK empfiehlt abschliessend dem Einwohnerrat den Geschäftsbericht und den GPK-Bericht 2010 zur Kenntnis zu nehmen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten in das Geschäft nicht bestritten wird, dann eröffne ich die Beratung über das Gesamtgeschäft.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich nehme die Gelegenheit wahr, um auf das Votum des Vizepräsidenten der GPK einzugehen. Da findet eine Verwechslung statt. Die GPK hat gefragt, wie es mit der Handwerkerparkkarte geht und deren Einführung. Die Handwerkerparkkarte, die neue wieder Gewerbe-Parkkarte heissen soll, frühzeitig einzuführen, macht keinen Sinn, weil die greift nur auf blaue Zonen und blaue Zonen haben wir fast keine. Das Gesamtprojekt ist aber ein Thema, nämlich die Parkraumbewirtschaftung. Das ist ein Thema, das im Departement pendent ist, zurückgestellt wurde, weil man noch nicht so richtig wusste, was Basel macht und wie allenfalls die Auswirkungen auf Allschwil sind, aber dies wird jetzt wieder anlaufen. Das ist ein Projekt für Allschwil. Da ist es in gewissen Strassenzügen lästig, wie viele fremde Fahrzeuge dort Parkraum blockieren, vor allem die, die sogar Gewerbefahrzeuge mit Privatfahrzeugen austauschen. Sie kommen von extern mit dem Privatfahrzeug, nehmen das Firmenfahrzeug weg, und parkieren die Privatautos dort, am Abend findet der Austausch wieder statt. Null Wertschöpfung für Allschwil, aber einen blockierten Parkplatz in unseren Strassen. Solche Sachen stellen wir und die Anwohnerschaft fest. Das ist lästig und dort ist Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang wird das Parkraumbewirtschaftungsprojekt kommen. Ich mache heute keine Prognose und keine Zusage, wann wir genau damit in den Einwohnerrat kommen. Dies als kleine Berichtigung.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion; Ich habe mich glaub zuerst gemeldet, aber ich mache es nachher bei der Detailberatung, das ist einfacher.

Josua Studer, parteilos: Ich mache nicht lange, ich möchte kurz auf den Kreisel zu sprechen kommen, den die GPK bemängelt. Mir geht es weniger um den Langsamverkehr, sondern um den Verkehr in Richtung Dorf. Diese Verkehrssituation ist sehr negativ, hat schon zu Kollisionen geführt und zu vielen komplizierten Ereignissen. Die Wagenführer sind grossmehrheitlich mit dieser Situation bekannt, aber momentan stellt die BVB immer neue Fahrer ein, das wird in Zukunft noch ein paar Probleme dort geben. Es ist eine Überraschung, wenn man wegfährt, dann gibt es einen toten Winkel. Ich habe diesbezüglich einen Vorstoss im Landrat eingereicht, damit diese Verkehrssituation angepasst wird. Dies wurde wohlwollend vom Baudirektor entgegengenommen. Was den Langsamverkehr anbelangt, ist es vielleicht nicht super gut, aber es ist eine recht tolle Situation. Ich selber fahre dort auch durch, es ist mein Heimweg. Grundsätzlich ist es so, wenn der Velofahrer weiss, wo er im Kreisel hingehört, dann gibt es kein Problem. Er gehört in die Fahrspur des Autos. Der Kreisel ist zu meinem Erstaunen – ich wollte ihn am Anfang bekämpfen – recht gut herausgekommen. Einzig vom tollen Lichtsignal bin ich heute noch kein Fan. Es ist zu weit oben montiert. Wenn man im Kreisel drin ist, dann ist das Signal zu weit oben. Ich habe noch etwas zu den Abschreibungsgeschäften. Der Gemeinderat wünscht, dass meine Motion Dynamische Fahrgastinformation der BVB abgeschrieben werden sollte. Ich meine, dass man es noch stehen lassen soll, weil es wurde noch nicht umgesetzt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Darf ich den Rat bitten, etwas ruhiger zu sein.

Josua Studer, parteilos: Der Kanton sagt, dass er den Umbau der Baslerstrasse im 2013 machen will. Wenn Sie gesehen haben, wie viel Papier wir Landräte erhalten haben für das Entlastungspaket, da zweifle ich, ob das überhaupt noch passiert, wenn nach dem 20 ein 1 steht. Das wird sicher 2020 und

später, davon gehe ich aus. Das mit diesen DFI-Geräten reicht nicht, wenn man im Dorf, an der Gartenstrasse und bei der Ziegelei etwas hat. Die anderen einsteigenden Leute haben auch ein Recht auf eine dynamische Fahrgastinformation, weil diese sehr wichtig ist. Ich hatte zum Beispiel ein riesen Glück, respektive der Kolleg, den ich am Arbeitsplatz Claraplatz abgelöst habe. Wäre ich nicht mit dem Auto zum Morgarten gefahren, dann wäre ich vergebens hier hinten gestanden, weil nämlich kein Tram gekommen wäre. Sie haben eine Kürzung von gewissen Trams gemacht. Mit den Fahrgastinformationen wird das angezeigt, dass kein Tram kommt und dann kann man sich anders orientieren. Das ist genau das, was ich mit dieser Fahrgastinformation möchte. Ich bin dafür, dass man es vorerst nicht abschreibt. Es ist nicht zwingend, dass es umgesetzt wird. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit immer wieder mitzuteilen, wie der Ist-Zustand ist von dieser Motion, wenn sie noch hängig ist. Ich bitte Sie, dies stehen zu lassen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich muss Josua Studer insofern Recht geben, dass der neue Kreisel in Fahrtrichtung Dorf Gefahrenpotential hat, da die Fahrspur des Autos ins Tramgleis mündet, ohne dass das vom Lichtsignal abgedeckt wäre. Wenn man dann noch bedenkt, dass die vom Kreisel kommenden zuerst den Schulterblick machen müssen und dann das Tram von links kommt, dann kann das zu unliebsamen Überraschungen führen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich meinte, wir würden das bei der Detailberatung besprechen. Ich habe auch noch etwas zum Kreisel und sage das jetzt. Dieser Kreisel ist für mich noch nicht fertig, weil die Markierungen noch fehlen. Ich bin heute wieder durchgefahren und Robi Vogt hat mir gesagt, dass das noch kommt. Wann kommt das?

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Belag wurde erst kürzlich eingebaut. Nachdem die gut ausgedünstet sind, kann man die Markierungen vornehmen. Also wird das sicher in den nächsten Wochen passieren. Massgebend ist die Entscheidung des Kantons Baselland.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Also heisst das, dass der entscheidet, wann es trocken ist und wann man malen kann? Okay, also ich glaube, das ist schon ziemlich trocken.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, dann kommen wir zur Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Zentrale Dienste - Präsidiales

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich gehe zurück, das wurde übersprungen, Gemeinderat Seite 5. Ich beziehe mich auf Seite 15. Toni Lauber, du hast vorher völlig zu Recht gesagt, dass ihr in so einem Bericht nicht auf alle Details eingehen könnt. Mir ist es ein Anliegen, dass man jede Gelegenheit nutzt, um gewisse Punkte gerade in Bezug auf Flugverkehr anzusprechen. Es geht vor allem um die Südlandequote und es geht nachher in deinem eigenen Bereich, Präsidiales, Zentrale Dienste, auch noch um den EuroAirport. Ich habe mal gelernt, dass klappern zum Handwerk gehört. Ich möchte, dass die Gelegenheit des Geschäftsberichts genutzt wird, um ausführlicher auf eure und unsere Anliegen einzugehen. Im Bericht der GPK stehen interessante Ausführungen, wo ich überzeugt bin, dass viele Leute daran interessiert sind. Alles, was den EuroAirport betrifft ist kein Partikularinteresse, sondern ein Interesse von nahezu 20'000 Menschen. Ich möchte ermuntern, dass dies genutzt wird.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich weiss nicht, ob es 10 Jahre, 20 oder 23 Jahre her ist. Ich sage alle Jahre das gleiche. Seite 11, Antrag auf Abschreibung. Es ist ein Antrag da, wir müssen darüber abstimmen. Wir gehen der Reihe nach durch und ich finde, wir könnten es jetzt grad machen. Das machen wir immer so.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Herr Winter, auf der letzten Seite des Geschäftsberichts auf Seite 72 sind die Anträge des Gemeinderates mit den Geschäften, die abgeschrieben werden sollen. Wir werden diese Punkt für Punkt durchgehen.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Finanzen – Steuern

Tiefbau – Umwelt

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Beim vierten Absatz auf Seite 31 kommt das Thema Hegenheimerquartier, Hegenheimermattwegkreisel. Dort wird die Kapazitätsgrenze angeschnitten. Was mir fehlt ist die Velosicherheit. Die gehört hier unbedingt mit rein. Die ist nicht nur dort, sondern auch beim Hegenheimermattweg noch zu wenig, das muss unbedingt berücksichtigt werden.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Hochbau – Raumplanung

Einwohnerdienste – Sicherheit

Bildung – Erziehung – Kultur

Soziale Dienste – Gesundheit

Stellenplan Personalverzeichnis der Gemeindeverwaltung

Allschwil in Zahlen

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: I had a dream. Ich lese auf dieser Seite, dass Allschwil im letzten Jahr 40 neue Einfamilienhäuser gebaut hat. Insgesamt 50 neue Wohneinheiten wurden erstellt. Mir fehlt ein Hinweis darauf, ob man zum Beispiel alte Liegenschaften weggemacht hat? Früher hatten wir in den Berichten immer drin, dass ein paar Häuser abgerissen wurden und auf diesem Platz hat man fünf oder sechs neue hingestellt. Man konnte aus einem Einfamilienhaus, einer Parzelle, einen Block machen. Jetzt heisst es einfach, dass wir weiterbauen. Irgendwann sind wir oben beim Wasserturm. Mir fehlt der Hinweis, wo das passiert ist. Auf der gleichen Seite das gleiche zu den Einwohnern und Einwohnerinnen. Wir hatten wieder 170 Personen mehr in Allschwil. Sind das Geburten? Ich habe gehört, wir haben einen neuen Kindergarten aufgemacht. Woher kommen diese Leute her? Früher hatten wir immer eine Tabelle, Todesfälle, Geburten, Wegzug. Wir konnten sagen, wie sich Allschwil verändert hat. Nur mit den wenigen Zahlen, vor allem in diesen beiden Kapiteln Einwohnerinnen/Einwohner und Bautätigkeit, können wir sehr wenig anfangen. 40 Einfamilienhäuser hinstellen, das muss die Wegmatten sein. Wurde verdichtet oder hat man alte Liegenschaften weggemacht und etwas Neues gebaut? Es braucht ein bisschen mehr Informationen, wie sich Allschwil intern personell, also menschlich, wie auch baulich verändert hat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich kann vielleicht etwas zu den Bautätigkeiten in Allschwil sagen. Im Jahr 2008 haben wir den Regierungsratsentscheid über unseren Zonenplan und das Zonenreglement Siedlung entgegennehmen können. Der Einwohnerrat konnte sich ein Jahr früher im 2007 mit dieser Vorlage befassen. Dort stand ein Wort im Mittelpunkt, und das heisst Verdichtung nach innen. Verdichtung nach innen kann verschiedenes heissen. Das kann heissen, dass man gewisse Bauzonen besser ausnutzt, das kann heissen, dass man in die dritte Dimension baut, also nach oben, und es sind auch in Allschwil einige grössere Projekte wie zum Beispiel der Quartierplan Ziegelei umgesetzt worden, der Quartierplan Rosenbergrain, wo einige Einfamilienhäuser erstellt wurden, und auch in der ELCO wurden 7 Einfamilienhäuser gebaut worden entlang der Merkurstrasse. Wo genau alter Wohnraum verschwindet und wo neuer erstellt wird, darüber wird in Allschwil keine Statistik geführt. Ich kann aber auf das statistische Amt hinweisen, ich hätte hier auch die www-Adresse, dort erhält man relativ viele

Informationen. Das statistische Amt führt jede Menge an Zahlen, wo man die eine oder andere Frage daraus beantworten kann, wie viel alter Wohnraum verschwunden ist zugunsten von neuem Wohnraum. Dort, wo alte Häuser verschwunden sind, sind sicher auch adäquat moderne und hellere Bauten erstellt worden. Ob das unbedingt schöner ist, das ist jedem einzelnen überlassen, das hat etwas mit dem Empfinden des Einzelnen zu tun. Dass qualitativ höherer Wohnbau in Allschwil am Entstehen ist, das kann man nicht wegdiskutieren. Zum Thema Bevölkerung kann Thomas Pfaff etwas dazu ausführen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wenn Sie sich dafür interessieren, wo die Leute herkommen und wohin sie wegziehen, dann kann man dieses Dokument bei uns haben, wir erneuern das quartalsweise. Ich habe mit Schrecken festgestellt, dass eine Zahl nicht stimmt. Entweder die auf Seite 58 oder die auf dieser Folie. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist da verschieden. Da ich beide Statistiken nicht selber gefälscht habe, weiss ich nicht, welche von beiden stimmt. Wenn Sie das Blatt anschauen, dann sehen Sie, dass die Geburtenrate grösser ist als die Sterberate. Ganz viele Leute kommen von Basel, letztes Jahr 544, ganz viele gehen auch wieder, 310. Das umliegende Baselbiet ist auch beliebt, 425 sind gekommen aus dem Baselbiet, 539 sind gegangen. Es sind also mehr ins Baselbiet weggezogen, als zu uns gekommen sind, im Gegensatz zu Basel. Aus dem Ausland sind 304 gekommen und 254 gegangen, also netto 50 mehr, und aus dem Rest der Schweiz sind es netto 43 mehr. Diese Daten haben wir, wir werten sie auch aus, aber letztendlich sind sie nicht so informativ, denn man sieht es an der Bautätigkeit und an der Bereitschaft, hohe Mieten zu bezahlen, dass Allschwil begehrt ist. Insofern müssen wir uns weniger darum Sorgen machen, woher sie gehen und woher sie kommen, sondern wir müssen uns mehr darum sorgen, was das für Allschwil bedeutet, Stichwort hohes Mietkostenniveau. Diese Informationen lesen wir nicht aus dem Zahlenmaterial. Wenn Sie sich dafür interessieren, dann dürfen Sie dies gern quartalsweise beziehen, per Mail anfordern und Sie bekommen es zugestellt. Die Notwendigkeit, dies zusätzlich im Geschäftsbericht abzdrukken, sehe ich grad nicht.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil

Schulrat Sekundarschule Allschwil

Schulrat Musikschule Allschwil

Sozialhilfebehörde

Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben vorhin bereits ein Votum von Josua Studer zum Antrag 2b gehört. Ich frage den Rat an, ob es Wortmeldungen zu den Anträgen gibt. Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge.

1. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2010 zur Kenntnis zu nehmen.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat, folgende Geschäfte abzuschreiben (vergleiche S. 11 des Berichts des Gemeinderates):

a) Geschäft 3868; Postulat, Nedim Ulusoy, Grüne-Fraktion, vom 16.06.2009
Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Tram- und Bushaltestellen bei Schulen, Kindergärten und Tagesheimen.

://:

Das Geschäft wird abgeschrieben bei 18 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Wir kommen zu Litera b des zweiten Antrags. Es geht wiederum um die Abschreibung des Geschäfts.

b) Geschäft 3889; Motion, Josua Studer, vom 13.09.2009
Dynamische Fahrgastinformation der BVB

://:

Dem Antrag des Gemeinderates wird entsprochen bei 20 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Antrag der GPK. Der erste Antrag ist identisch mit dem Gemeinderat, somit kommen wir zum zweiten.

Vom vorliegenden Bericht der GPK betreffend Prüfung der Geschäftsberichte 2010 wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

Somit haben wir dieses Traktandum abgeschlossen und ich entlasse Sie in die Pause bis 20.15 Uhr.

PAUSE

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren weiter mit der Sitzung. Sie haben heute am Anfang dieser Sitzung die Motion betreffend Zwangsverschiebung von Schülerinnen und Schülern für dringlich erklärt. Ich möchte das Wort Herrn Wolf geben für die Begründung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Begründung habe ich im Prinzip schon am Anfang dieser Sitzung gesagt. Die Schulkreise im Kanton Basel-Landschaft haben sich verändert, mit der Folge dass eine gewisse Anzahl von Schülern nicht mehr in Allschwil in die Schule gehen kann, sondern in Oberwil. Das hat nicht nur die Unannehmlichkeit zur Folge, dass die Allschwiler Kinder aus dem Allschwiler Umfeld herausgerissen werden, sondern dass auch den Eltern Mehrkosten entstehen für den Transport und den Mittagstisch, weil die Kinder können über Mittag nicht von Oberwil nach Allschwil nach Hause und dann wieder zurück nach Oberwil. Der Kanton hat es abgelehnt, diese Mehrkosten in irgendeiner Form zu übernehmen. Die CVP-Fraktion ist darum der Meinung, dass es eine gute Geste wäre, dass die Gemeinde im Sinne einer Übergangslösung die Kosten im Folgesemester übernehmen würde.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Heute Morgen ist die Motion eingegangen, heute Nachmittag haben wir Einwohnerrat. Dringliche Motionen kann man zu jedem Zeitpunkt einreichen. Wir Gemeinderäte wohnen nicht in einer WG und können das am Morgen beim Kaffee besprechen. Vielleicht kommt es mal noch so weit, aber ich wünschte mir, dass wir ein bisschen mehr Zeit haben. Vor allem, weil dieses Thema nicht erst heute aufgetaucht ist, sondern schon länger ein Thema ist. Diese Motion hätte man durchaus ein bisschen früher einreichen können. Es ist für den Gemeinderat schwierig auf dem Mailweg und telefonisch so ins Gespräch zu kommen.

Ich möchte darauf zurückkommen, dass es ein Landratsbeschluss ist, wie gesagt wurde. Wir haben sieben gewählte Allschwiler Landräte. Sechs davon haben diesen Beschluss unterstützt. Das ist ein schwieriger Umstand für uns und es ist unschön für diese Eltern und Kinder, die so erfahren müssen, wie dieser Beschluss umgesetzt wird. Aufgrund kantonaler Willkür, steht hier, müssen Allschwiler Eltern und Kinder doppelt bestraft werden. Es sind aber nicht nur Allschwiler Eltern, die bestraft werden. Die ganzen

Gemeinden im Baselbiet sind genau gleich betroffen. Es ist nicht nur Allschwil, das hier bestraft wird. Wir vom Gemeinderat verstehen, dass es ein grosses Ärgernis für die Eltern und Schüler ist. Ihren Antrag, so wie er hier steht, möchten wir nicht entgegennehmen. Wir möchten Ihnen gerne beliebt machen, Ihren Antrag abzuändern, damit der Gemeinderat Zeit hat, eine Vorlage an den Einwohnerrat auszuschaffen. So, dass auch später die finanzielle Situation, die Rechtssicherheit und die Zuständigkeiten sauber abgeklärt werden können. Wir hatten heute zu wenig Zeit, um das auf die Schnelle zu entscheiden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es auch andere Kinder in Allschwil gibt, wo man einfach davon ausgeht, dass sie das U-Abo selber bezahlen müssen. Zum Beispiel, wenn eines am Lindenplatz wohnt und in die Kleinklasse ins Dorf muss, da geht man auch davon aus, dass es irgendwie dorthin kommt. Es gibt sicher noch mehrere Fälle, die gleich gelagert sind. Wir hätten einfach gerne mehr Zeit, um das nochmals anzuschauen. Und wir haben einen Vorschlag, um diesen Antrag abzuändern.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich finde das einen guten Vorschlag des Gemeinderates. Ich selber finde das auch eine schlimme Situation für die Schüler. Die Wegkosten fände ich noch okay, weil das wirklich ein weiter Weg ist, da kann man nicht mit einer Kurzstrecke nach Oberwil oder Binningen kommen. Das Essen finde ich schon wieder fragwürdig, ob man einfach alles Essen bezahlen soll. Das finde ich grundsätzlich keine gute Idee. Man spart ja dann trotzdem Kosten, weil man muss ja dann für das Kind zuhause kein Essen parat haben. Ich finde es auch kein gutes Zeichen, wenn der Kanton nicht bezahlt, dass dann es halt die Gemeinde bezahlt. Da kommt das nächste, wo wir bezahlen. Wenn, dann sollte beim Kanton dies nochmals probiert werden oder wir suchen einen Kompromiss, dass die einen Teil bezahlen und wir einen Teil. Ich fände es eine gute Idee, um dies auszuschaffen, dem Gemeinderat etwas Zeit geben.

Josua Studer, parteilos: Im Landrat ist das richtigerweise angenommen worden, die Sekundarschul-Geschichte. Dort war auch Thema, was ist, wenn Schüler umgeteilt werden müssen. Da wurden wir vertröstet, dass es dies nie gegeben hat und dass es dies künftig nicht geben wird. Und wenn es dies gibt, dann wird geredet. Wir Schweizer sind bekannt dafür, dass wir glauben, was uns gesagt wird von vertrauensvollen Leuten. Und was passiert? Beim ersten Mal haben wir genau diese Situation, dass nicht geredet wird. Es wurde nicht abgeklärt, wer freiwillig bereit gewesen wäre, sein Kind auf Oberwil zu schicken. Das ist nicht nur in Allschwil passiert, es ist auch in den Frenkentalern passiert. In Allschwil gab es eine Initiative, die innert kürzester Zeit viele Unterschriften geholt hat. In den Frenkentalern haben sie eine Petition eingereicht, die auch sofort viele Unterschriften hatte. Wir hatten eine lange Diskussion im Landrat darüber. Erstaunlicherweise waren es plötzlich nicht mehr so viele Schüler, die wechseln sollten. Und zwar weil man aufdecken konnte, dass Schulklassen nicht ausgelastet sind, sondern dass Plätze reserviert werden für Zuzüger. Und das kann es doch nicht sein. Wir haben im Landrat eine grosse Sache daraus gemacht. Es kann nicht sein, dass Eltern, die seit Jahren in einer Ortschaft wohnen, Steuern bezahlen, ihre Kinder in eine andere Ortschaft schicken müssen, in den Frenkentalern über den Berg, von Allschwil auch über den Berg. Ist das der Sinn, dass ein Kind in diesem Alter dem Verkehr so ausgesetzt wird? Wenn dann jemand von Basel oder von irgendwoher zuzieht, dann kann das Kind hier zur Schule gehen. Das gibt es doch nicht. Ich habe Frau Petta, die einen Leserbrief im Allschwiler Blättli geschrieben hat, angerufen und gesagt, wenn ich ein Kind hätte, das nach Oberwil gehen müsste, dann garantiere ich Ihnen, ich würde das Kind mit einem Stuhl von zuhause in eine Schulklasse setzen in Allschwil und dann würde ich schauen, was passiert. Wir sind heute soweit, dass man zum Ungehorsam aufrufen muss. Sie hat dann gesagt, dass sie des Friedens Willen eingelenkt haben und der Sohn geht nach Oberwil, aber sie möchten vom Kanton die Kosten gedeckt haben. Und der Kanton versteckt sich hinter dem Gesetz. Da wurde in diesem Kanton schon anderes Geld hinausgeworfen, das könnte man doch bezahlen. Ich habe dann gesagt, dass sie den Sohn mit dem Bus reisen lassen soll und dann kommt er in eine Kontrolle, erhält da so einen Zettel und diesen Zettel würde ich dann Herrn Wüthrich nach Liestal schicken. Der würde das natürlich nicht bezahlen und dann muss man an die Medien gehen. Sie hat dann gesagt, dass ihr Sohn leiden würde. Ich habe dann gesagt, sie soll zur BLT gehen, die sind verantwortlich für den TNW. Fragen sie den Herrn Brüttiger, ob er nicht ein Streckenabo machen könnte. Das wäre ein Novum im TNW, das gibt es nämlich nicht mehr seit dem U-Abo. Aber vielleicht könnte das die BLT machen, würde Betriebswerbung machen und den Kanton kalt stellen. Es gäbe viele Möglichkeiten. Und ich hatte dann schon auch die Idee, ob ich diesbezüglich etwas einreichen sollte, wie es das die CVP gemacht hat. Ich habe es dann aber sein gelassen, weil ich wusste, dass sie mit Toni Lauber im Gespräch ist. Ich wusste, dass die Gemeinde gesprächsbereit ist. Das fand ich toll, deswegen habe ich nichts gemacht. Ich finde es aber sehr gut, was die CVP gemacht hat. Erstens sind das keine grossen Kosten für die Gemeinde und zweitens könnte man das rückwirkend beim Kanton einfordern. Im Kanton wurde ein Postulat von mir eingereicht – jetzt bin ich mir nicht mehr sicher, ob es eine Motion ist, egal -, das genau das fordert, dass diese Kosten übernommen werden sollen. Ich habe nicht gefordert,

von wem, ich habe einfach gesagt, dass sie übernommen werden sollen. Das ist das Ziel. Schade war, dass ich keine Unterstützung erhalten habe von Allschwiler Landräten. Hampe Frey hat mir gesagt, dass er das Mail nicht aufmachen konnte. Siro ist leider nicht so oft im Mail, darum hat es ihm nicht gereicht, es anzuschauen. Felix Keller wollte es nicht unterschreiben. Als Simon Trinkler gehört hat, dass Felix Keller nicht unterschrieben hat, wollte er es auch nicht. Ueli Halter ist in einer anderen Situation, der interessiert sich nicht mehr für solche Sachen. Bea Fuchs hat bekannterweise wegen dem Präsidium nicht unterschrieben. Unterschrieben hat Wiedemann, der hier Sekundarlehrer ist, er weiss, von was er redet. Wenn hier steht, kantonale Willkür, dann kann ich sagen, dass man es so nennen darf. Vielleicht ist es ein bisschen hart, aber wiese nicht. Machen wir etwas für die Einwohnerschaft, die sogar bereiter ist, als ich es gewesen wäre. Überweisen wir doch das, der Gemeinderat hat Zeit über den Sommer, bis die Schule anfängt, dies in die Wege zu leiten. Ansonsten können wir eine Sammelaktion machen in Allschwil, die Unterschriften wurden auch schnell gesammelt. Jede Unterschrift CHF 1, damit kann das Kind lange nach Oberwil fahren.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Es ist nicht nur so, dass für Neuzuzüger Plätze reserviert werden. Es werden auch aus schulpolitisch, gewerkschaftlichen oder welchen Gründen auch immer die Klassengrössen, die im Gesetz stehen, gar nicht ausgeschöpft. Es wird künstlich die Klassenzahl tief gehalten und man schöpft die Maximalzahlen nicht aus. Selbst die Maximalzahlen könnte man überschreiten, wenn man das möchte. Offenbar möchte man das nicht. Wie ich im Nachhinein erfahren habe, wurde nicht koordiniert mit den anderen Sekundarschul-Standorten, obwohl man das hätte können. Mit den Sparmassnahmen, die im Rahmen des Entlastungspaket kommen, werden noch viele andere Leute betroffen sein von Massnahmen, wo sie plötzlich etwas selber bezahlen müssen, das früher die Allgemeinheit bezahlt hat. Da kann man nicht jedes Mal einen Ausgleich schaffen. Das ist ja genau Sinn und Zweck dieser Massnahmen, und man probiert eine Opfersymmetrie herzustellen, nämlich dass jeder einen Teil der Allgemeinheit tragen muss. Wer in Zukunft ein Grundstücksgeschäft hat, muss wahrscheinlich in Zukunft mehr bezahlen als heute, wo das vom Staat subventioniert wird. Wer in Zukunft in einer Gemeinde im oberen Baselbiet wohnt, die nicht immer vom ÖV bedient wird, muss neue Lösungen finden. Es kann nicht immer die Aufgabe der Allgemeinheit sein, für jeden einzelnen Ausgleichsmassnahmen zu machen, denn sonst läuft das diesen Entlastungsmassnahmen zuwider. Dies zur Begründung, weshalb wir vorsichtig sind, wenn wir jetzt sagen, dass wir dafür sind, diese Motion zu überweisen im Sinne des Gemeinderates. Ich glaube, die Änderung ist nicht nötig. Eine Motion erteilt den Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten. Die Vorlage kann eine Kreditvorlage sein oder eine Änderung einer rechtlichen Grundlage. Grundsätzlich muss sowieso eine rechtliche Grundlage bestehen. Der Staat kann nicht einfach Geld bezahlen ohne rechtliche Grundlage. Auch wenn das pragmatische Vorgehen, wenn es nicht um viel Geld geht, von Josua Studer mir sympathisch ist, sind wir schliesslich ein Rechtsstaat. Und ich glaube, es würde Josua Studer auch nicht gefallen, wenn einfach Geld verteilt wird in anderen Bereichen ohne rechtliche Grundlage. Das muss zuerst ausgearbeitet werden. Der Gemeinderat kann im Rahmen dieser Abklärungen für die Vorlage, die wir dann als Kreditvorlage oder als Änderung der Verordnung oder des Reglements kann man andere Lösungen suchen. Vielleicht ergibt sich auch etwas beim Kanton oder bei Privaten, BLT usw. Auch wenn wir das annehmen, dann wird kein Rappen ausgeschüttet. Dafür braucht es einen zweiten Schritt und im zweiten Schritt kann uns der Gemeinderat eine Lösung präsentieren. Vielleicht kommt er auch zum Schluss, dass es keine Lösung braucht. Vielleicht muss man diese Eltern nicht subventionieren, weil die Eltern es gar nicht nötig haben und sie dann Geld erhalten würden von Leuten, die es in anderen Bereichen dringender nötig hätten.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Ich hatte gestern abend im Schulrat Sitzung. Diese Eltern hätten sehr gerne Geld. Es sind nicht alle Eltern mit sehr viel Geld. Wir von der SVP-Fraktion finden auch, dass man ein Zeichen setzen sollte. Allschwil ist eine so grosse Gemeinde und doch müssen sieben Kinder weg, das ist nicht in Ordnung. Ich bin froh, dass die CVP diese Motion gemacht hat. Ich habe mir das auch überlegt, aber fand es knapp, weil wir es erst gestern diskutiert haben. Wir von der SVP-Fraktion sind dafür, weil wir ein Zeichen setzen.

Jean-Claude Bourgnon, SP/EVP-Fraktion: Dass das Parlament der Regierung einen Auftrag gibt, ist ein völlig normaler Vorgang, auch wenn es eine unpopuläre Massnahme ist. Da stört es mich, wenn man dies mit Willkür umschreibt, weil Willkür ist Missbrauch der Macht. Es gibt auch die zynische Definition: Das Schönste an der Macht ist die Willkür. Mit Willkür hat das nichts zu tun, sondern es ist ein unpopulärer Entscheid, und dazu muss man stehen. Zweiter Punkt: Präzedenzentscheide sollte man immer zweimal überlegen, da möchte ich an das Votum von Siro Imber anschliessen. Es werden vermutlich noch ganz andere Sachen in anderen Dimensionen auf uns zukommen und dann können wir

nicht jedes Mal hier drin eine Debatte führen, was wir wie viel abfedern, das vom Kanton eingespart wird. Ein Präzedenzentscheid als Hüftschuss zu fällen, ist doppelt verkehrt.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Es ist richtig, dass man überlegen soll für die Eltern und Kinder, und zwar jetzt. Mein Anliegen ist, dass wir einen Moment Zeit haben, damit wir das sauber abklären können. Ich bin nicht ganz einverstanden mit Siro Imber, dass der Antrag der Motion nicht lautet: Zahlen des folgenden Schuljahres der Kosten, Fahrtkosten und Verpflegungskosten. Darum hätte ich gerne, dass wir das sauber dokumentieren können und vor den Einwohnerrat damit kommen können.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Als Motionär möchte ich kurz Stellung nehmen zu den Sachen, die gesagt wurden, insbesondere wegen der Verschiebung, die die Landräte unterstützt haben. Sie haben wohl die Sachen unterstützt, wie es gesagt wurde. Ich glaube, Josua Studer kann das am besten selber erklären. Ich glaube, sie haben nicht unterstützt, dass man die Kinder von Allschwil herumschiebt, sondern dass die Schulkreise anders gebildet werden. Zur Dringlichkeit: Leider können wir auch Pfingsten nicht verschieben, deshalb hatten wir gestern die Fraktionssitzung, darum ist es so. Jetzt waren wir halt schnell, aber ich frage mich, warum der Gemeinderat selber nicht bereits aktiv eine Lösung gesucht hat. Das Thema ist lange bekannt und man hätte eine Offensivstrategie fahren können. Betreffend U-Abo, das vorhin angesprochen wurde, das ist korrekt. Man muss teilweise von A nach B, Allschwil ist gross. Aber das ist innerhalb von einer Gemeinde, und nicht extern auf der anderen Seite des Hügels. Siro möchte ich sagen: Ja, grundsätzlich richtig. Aber mich interessiert es eigentlich gar nicht, was im Oberbaselbiet stattfindet. Wir als Einwohnerrat haben die Möglichkeit, etwas in Allschwil zu bewegen und nicht in Ziefen oder in Waldenburg. Darum sollen wir für unsere Allschwiler Kinder einstehen und ein Zeichen setzen. Es kann nicht sein, nur weil der Kanton irgendetwas beschliesst, dass man alles schluckt und nicht kommentiert zurückgibt. Wir sagen auch einmal Nein, so nicht, das lassen wir uns in Allschwil nicht gefallen. Im Text bezieht sich die Willkür nicht auf die Ausübung, sondern man hat gesagt: Buslinie 64, alle, die dort wohnen. Das ist mit Willkür gemeint. Zum Präzedenzfall: Es geht klar um eine Übergangslösung und zwar nur für dieses Schuljahr, nicht mehr und nicht weniger.

Josua Studer, parteilos: Zur kantonalen Willkür. Es wäre vielleicht idealer gewesen, wenn im Vorstoss stehen würde: von der Schule her eine Willkür. Es wurde versprochen, dass geredet wird und dass man schaut, dass es Kinder betrifft, die in der Nähe einer Busstation sind. Kinder, die bereits ein U-Abo haben, würden auch in den engeren Kreis genommen für eine Verschiebung. Hier wurde gar nicht geredet, sondern einfach Lösli gezogen, wer gehen muss.

Betreffend einem U-Abo, das ein Schüler hat, der am Lindenplatz wohnt. Der hat ein U-Abo, aber der hat das kaum, nur um in die Schule zu gehen, ansonsten sind die Eltern sehr spendabel. Als ich zur Schule ging, hat man bis 1000 Meter vom Schulhaus entfernt nicht mit dem Velo fahren dürfen. Erst ab 1001 Meter durfte man das Velo nehmen. Und jetzt will man sogar, dass man nach Oberwil geht mit dem Velo oder von den Frenkentalern rüber. Gut, das muss von uns nicht primär betrachtet werden, wir müssen hier schauen. Aber es ist halt das gleiche Geschäft. Siro: Es steht nicht: „Der Gemeinderat soll eine Vorlage erarbeiten, dass....“ Es ist klar: „Im Rahmen einer Übergangslösung übernimmt die Gemeinde Allschwil die Kosten für das folgende Schuljahr“. Wenn wir heute ja sagen, dann wird das umgesetzt. Der Gemeinderat hätte selber agieren können, sie haben ja selber ein Budget, wo sie jederzeit frei darüber verfügen können. Das Budget wurde nicht ausgereizt werden. Ich bin davon ausgegangen, dass Toni Lauber etwas über das Gespräch mit Frau Petta erzählt. Aber anscheinend kam es da nicht zu einer Lösung, darum kann er dazu nichts sagen. Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen. Auch wenn da kantonale Willkür steht, ist nicht alles so schlimm, was Papier entgegennimmt, ansonsten müsst ihr den Blick lesen, was da alles drin steht.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Wir haben es diese Woche, bevor ich von dieser Motion wusste, am Mittagstisch besprochen. Und zwar kamen meine Frau und meine Kinder auf mich zu. Ich sass da und musste sagen, dass ich auch nichts machen kann. Wir haben es diskutiert und jetzt kommt es nochmals auf den Tisch. Ich bin eigentlich froh darum. Ich finde es unbefriedigend, dass Kinder aus Allschwil nach Oberwil müssen, es sind 12-jährige. Es ist nicht einer, der einen Grundstückskauf macht, und dann eine Handänderungsgebühr etwas höher bezahlen muss. Es ist ein 12-jähriger, der für die nächsten vier Jahre nach Oberwil in die Schule muss. Das finde ich einschneidend. Wenn er 16 wäre, dann wäre es etwas anderes. Als Gemeinde können wir den Landratsbeschluss nicht kippen und der Kanton will nicht bezahlen. Wenn die Sekundarschule immer noch in Allschwiler Hände wäre ab nächstem Sommer, dann könnten wir das Kind trotzdem in eine Klasse tun und überfüllen, aber sie untersteht nicht mehr unserer

Hoheit. Das ist dumm, denn sonst könnten wir pragmatisch handeln. Jetzt muss dieses Kind nach Oberwil. Für mich persönlich ist es unbefriedigend, wenn wir Null Solidarität zeigen und sagen, blöd gelaufen für die sieben, schön hat es mich nicht erwischt. Meine Kinder sind aus diesem Alter draussen. Ich finde es nicht gut. Über die Höhe des Betrags und das Ausmass kann man diskutieren, aber ich finde es wichtig, dass man mindestens zeigt, dass wir mittragen. Das ist das Minimum, das wir machen können. Der Schulweg und das soziale Netz, das er aufgeben muss, können wir nicht mittragen für diesen Schüler oder diese Schülerin. Aber wenigstens etwas an die Finanzen, das gehört sich und das wäre gelebte Solidarität.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich muss auf ein paar Sachen eingehen. Ich habe gehört, dass die Schweizer glauben, was man sagt. Alle hier drin sind Politiker. Thomas Pfaff hat es gesagt vorhin bei den Tabellen, es lagen zwei Statistiken auf und er wisse nicht mehr, welche er davon gefälscht hat. Wahrscheinlich keine, deshalb wusste er nicht, welche falsch war. Der Landrat hat wahrscheinlich einfach geschlafen. Es kann mir niemand sagen, der im Landrat das Geschäft mit Konsequenz durchgedacht hat, er habe den Inhalt nicht gekannt. Es heisst, dass Schulkreise zusammengesetzt werden. Man kann der Schulleitung, ich hoffe, die Schulräte hier drin können das unterstützen, nicht sagen, dass die Schulleitungen mit den anderen Schulleitungen sich nicht intensiv zusammengesetzt haben, wie das Problem zu lösen ist. Wir müssen sparen – Danke Landrat. Man kann nicht Urs Wüthrich einen Vorwurf machen. Den Auftrag habt ihr ihm gegeben, er müsse etwas verändern. Er ist auch nur einer von fünf, die anderen geben den Tarif durch. Ich finde es nicht toll, dass man sagt, man halte Plätze frei für Zuzüger. Ich kann nicht sagen, dass wir Klassen auffüllen und Zuzüger, die nach Allschwil kommen – wir haben eine Tagesschule, die Wirtschaftsförderung macht unheimlich viel – und weil die Klassen voll sind, müssen die Kinder nach Oberwil. Und man kann die Klassen auch nicht grösser machen. Die Klassen sind voll. Wir müssen neue Kindergärten und neue Primarklassen machen. Es geht um Geld und ums Sparen. Es geht um ganz wichtige Sachen, die im Landrat angezogen werden. Jetzt kommen Familien dran. Das macht mich als Familienvater und als Lehrer sauer. Ich finde es toll, wenn man sagt, dass der Gemeinderat für Allschwil eintreten soll. Aber im Landrat wusste man, dass die Schulkreise grösser werden und wir müssen flexibler werden. Wenn man vom Gemeinderat oder von der Schulleitung verlangt, dass sie nichts freigeben sollen, dann habt ihr das gewusst, ansonsten habt ihr die Aufgaben im Landrat nicht gemacht. Man wollte Kosten sparen. Wenn die Kinder bei uns bleiben, dann braucht es eine Klasse mehr. Das heisst, es braucht Geld, das der Kanton mittragen muss. Ich finde es unverantwortlich diese Argumentation, irgendjemand hat es gemacht. Es ist im Landrat passiert unter dem Deckmantel, dass man sparen muss. Ich behaupte, dass die Schulleitungen alles gemacht haben, ich behaupte, dass die Schulräte alles gemacht haben. Klassengrösse kann kein Thema sein. Zum Arbeitsweg: Wenn ein Kind von Schönenbuch 5 Minuten auf den Bus laufen muss und ins Bettenacker hinunter gehen muss, dann hat es 25 Minuten. Der Arbeitsweg auf Oberwil ist ähnlich gross. Es spricht nichts dagegen, dass ich dafür bin, dass man eine andere Lösung finden muss. Es ist sehr unfair zu sagen, dass wir Politiker glauben, was die anderen sagen. Wir haben ein Eigentor geschossen als Politiker und tragen müssen es einmal mehr - das macht mich doppelt sauer - die Familien mit Kindern. Es hätte jeden treffen können, jeder mit Kindern. Und jetzt hat es zugeschlagen. Die Spurbremse macht an den Kindern weh.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben viele interessante Voten gehört, obwohl ich bei Jean-Jacques Winter nicht ganz schlüssig war, ob du dafür oder dagegen bist. Wir haben einen ganz klaren Zielkonflikt von mehreren Zielen. Legislative Ziele, Sparziele, gesetzliche Grundlagen, und wir haben Angst vor einem Präjudiz. Das ist klar. Wir machen klassisch das, was man gern macht in solchen Situationen. Wir suchen nach Schuldigen, fangen an zu verteidigen, grenzen ein, aus und ab und eigentlich interessiert mich heute nur etwas, nämlich eine Lösung zu suchen. Und ein solcher Lösungsansatz darf man sich vornehmen. Wenn Sie nach Allschwil ziehen, dann haben Sie da eine Sek. Sie dürfen davon ausgehen, dass grundsätzlich Ihre Kinder in der Sek in Allschwil sein werden. Die Ausgangslage aus Sicht der Eltern ist verständlich. Wenn ich nach Schönenbuch ziehe oder an einen anderen Ort, wo keine Sek ist, dann weiss ich von Anfang an, dass mein Kind irgendwann im Bus landet. Die Ausgangslage aus Sicht der Betroffenen ist eine spezielle, die ein gewisses Verständnis in uns abrufft. Tatsächlich waren mehrfach die Eltern bemüht in der Sprechstunde und auf der Gemeinde, sie haben sich orientiert über die Thematik und was man machen kann. Die ganze Thematik wurde immer wieder diskutiert. Zum Präjudiz möchte ich folgendes sagen, denn das steht im Raum: Man ist versucht, für alles und jeden Einzelfall eine Lösung zu suchen. Man hat Angst, wenn man hier ein Billet bezahlt, man an einem anderen Ort das Billet auch bezahlen muss. Das ist berechtigt, aber man kann in diesem Fall die Thematik sehr gut eingrenzen. Ein wichtiges Wort, das für mich heute zur kurz gekommen ist, ist die Übergangslösung. Wir haben zurzeit eine gesetzliche Grundlage, Gesetz ist Gesetz, wir müssen uns

an die Gesetze halten. Mit anderen Worten heisst das, wir können in einer Situation wie dieser eine gesetzliche Grundlage schaffen, damit wir das Geld ausgeben können. Heute haben wir sie nicht, aber der Einwohnerrat kann dies beschliessen. Er muss dabei aber korrekt bleiben, das kann er machen. Wir haben die Möglichkeit, eine Übergangslösung zu treffen, bis über die Initiative abgestimmt wurde. Wenn über die Initiative im Kanton abgestimmt wurde, dann ist die Ausgangslage eine andere. Dann wird die Situation, die wir heute haben, entweder korrigiert oder sie wird nochmals vom Volk klar bestätigt. Dann stellt sich die Situation der Zahlung von solchen Kosten in einem anderen Licht, als dies heute der Fall ist. Ohne dass wir allzu grosse Präjudiz schaffen und dies als Ganzes nicht verantworten können, ist das als Übergangslösung machbar. Wir zeigen damit ein wichtiges Signal an die Solidarität mit den Eltern, die sich hier einsetzen für ihre Kinder. Für mich ist es ein Thema, das wir sehr gut so diskutieren können. Es ist verantwortbar, weil die Initiative am Schluss Klarheit bringen wird, auch punkto Kosten. Ich nehme aber die Signale ernst. Das Entlastungspaket ist eine dicke Sache, vor allem im Bildungsbereich. Aber es ist nur eine Solidaritätserklärung mit den Eltern, aber niemals die Bereitschaft der Gemeinde an den Kanton, dass wir abgeschobene Kosten übernehmen, sprich dass wir die Belasteten werden vom Entlastungspaket. Das ist nicht das Ziel.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz an die wichtigen Voten von Christoph Benz und Toni Lauber anschliessen. Es ist richtig, dass das neue Sparpaket vom Kanton auch noch ganz andere Massnahmen vorsieht, man konnte das in den Zeitungen lesen. Bezirksschreibereien sollen aufgelöst werden etc., was für den einzelnen Betroffenen erhebliche Mehrkosten bringt. Aber hier geht es um unsere Kinder. Dass wir hier anfangen mit dem Sparen, damit habe ich Mühe, vor allem weil ich mich daran erinnere, dass wir vor sechs Jahren die Abstimmungen hatten, wo alle Vorlagen durchgingen ausser die Sparvorlage, die die Bildung betroffen hat. Hier hat das Volk, wenn ich mich richtig erinnere, klar gesagt, bei den Kindern und unserer Zukunft möchten wir nicht sparen. Wichtig ist auch das, was Toni gesagt hat. Uns von der CVP geht es nicht darum, einen dauerhaften Zustand darzustellen. Primär ist das Ziel, dass mit der Initiative die Zwangsverschiebung wieder rückgängig gemacht wird und dass Schüler weiterhin in Allschwil zur Schule gehen können. Wir in Allschwil haben ja eine Sekundarschule. Jeder, der nach Allschwil zügelt oder schon länger in Allschwil wohnt, kann davon ausgehen, dass dies der Schulort sein wird. Uns geht es darum, dass Klarheit herrscht, wie es mit der Zwangsverschiebung weitergeht im Sinne einer Übergangslösung. Das ist ein wichtiges Wort. Im Sinne einer Übergangslösung zeigen wir Solidarität für das Folgesemester mit den Eltern und übernehmen diese Kosten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte Toni Lauber danke sagen für die Worte. Franziska Pausa, du wusstest es seit der 'Kopfleerete' seit der ersten Sitzung beim Schulzentrum. Dort hast du sogar den Eltern gesagt, dass du schaust, was du machen kannst, aber nichts versprechen kannst. Dort hast du das Signal erhalten abzuklären. Dies ist sicher zwei bis drei Monate her, das hätte man wirklich nutzen können, um zu schauen, ob es möglich ist oder nicht. Jetzt sagen, dass ihr überrumpelt wurdet, finde ich nicht richtig. Es wäre nichts als fair gewesen, wenn man wenigstens geschaut hätte, ob es geht oder nicht.

Josua Studer, parteilos: Danke, dass ich das Wort nochmals erhalte. Paragraph 66 Absatz 3 sagt: „in der Regel nur zwei Mal“. „In der Regel“, aber ich muss halt nochmals darauf zurückkommen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Bitte einfach kurz. Wir erlauben Ihnen das Votum.

Josua Studer, parteilos: Es ist nicht verstanden worden, was der Landrat gemacht hat. Schuldzuweisungen sind die falschen. Wäre der Landrat darauf eingegangen und hätte er gesagt, dass er nicht einverstanden ist mit dem Passus der Schülerverschiebungen in extremis, dann hätten wir in Waldenburg keinen Sekundarschulstandort. Regierungsrat Wüthrich war dem Landrat dankbar, dass er Hand geboten hat und hat versprochen – ich betone versprochen –, dass geredet wird, wenn es Umverteilungen geben wird. Das hat nicht stattgefunden und das wird moniert, dagegen haben wir etwas. Wir sind davon überzeugt, ich vor allem bin überzeugt, dass man mit Reden eine Lösung gefunden hätte, die wir heute nicht diskutieren müssten und keine Initiative gebraucht hätten. Der Landrat hat das Beste daraus gemacht und jetzt können wir die Scharten auswetzen. Jeder Vertrag hat auch Kompromisse. Jetzt ist etwas passiert, das wir uns nicht gewünscht haben.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Wenn ich betroffen wäre, dann wäre ich sehr sauer, wenn meine Kinder nach Oberwil müssten. Ich glaube, das wären alle Eltern in dieser Situation. Das ist nicht nachvollziehbar, wenn ich nach Allschwil ziehe und es hat hier eine Sek, dann gehe ich davon aus, dass meine Kinder da zur Schule gehen können. Es macht mich ebenso sauer, dass die Gemeinde eine Sache ausbaden muss, die der Kanton verkachelt hat. Alle Landräte haben zugestimmt, ausser der grüne nicht. Auch unsere haben da locker mitgestimmt. Da habe ich das Gefühl, dass man sich dies nicht in letzter Konsequenz gedacht hat. Es ist unwahrscheinlich, aber jetzt haben diese Leute einen Lotto-Sechser gezogen, im Negativen. Mich stört es enorm, dass die Gemeinde dafür gradstehen soll für einen Blödsinn, den der Kanton gemacht hat. Ich werde dem zustimmen, aber aus reiner Solidarität mit den Eltern. Es geht um Kinder, das sind die letzten, die etwas dafür können. Ich finde den Vorschlag des Gemeinderates relativ gut, dass man etwas ausarbeitet und dann etwas rechtens bringen kann. Ich hoffe, dass es auch in den anderen Gemeinden ähnlich läuft, damit man merkt, dass man so nicht mit den Gemeinden und den Kindern und Eltern umgehen kann.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ein kurzer Gedanke zur Umsetzung der ganzen Sache. Schülerinnen gehen nach Oberwil, weil bei uns die Klassen voll sind. Sie brauchen ein neues soziales Umfeld in einem neuen relativ unbekanntem Kreis. Rein von den Zu- und Wegzügen in Allschwil können wir uns vorstellen, dass einige Personen wegziehen und es gibt Plätze in den Klassen. Oder es gibt Repetenten oder Repetentinnen oder Niveau-Wechsel. Was passiert jetzt? Wechseln die Schülerinnen von Oberwil zurück? Wieder ein neues soziales Umfeld? Oder, wenn wir diesen Familien diesen Mehraufwand bezahlen, lässt man das dann so für vier Jahre? Oder spart man Geld in Allschwil? Da muss der Gemeinderat sich gut überlegen, wie man dies sozialverträglich macht. Ist der Wechsel im Sinne der Eltern, des Gemeinderates und von uns allen? Das ist ein wichtiger Gedanke. Dieser Wechsel kann sich jeden Monat ändern.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich verstehe sämtliche Familien, die es betrifft. Das ist lästig, das würde mich auch sauer machen, ich bin da sehr einig mit Armin Bieri. Gleichzeitig bin ich nicht bereit, etwas zu unterstützen, wo ich nicht weiss, was es kostet und was es genau bedeutet. Ich möchte es sehr unterstützen, dass wir den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen, den ich pragmatisch und umsetzbar finde.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte gerne kurz auf das Auffüllen der Klassen zurückkommen. Die Schulleitung hat sich das sehr genau überlegt, wie sie dies angehen soll. Wenn wir jetzt sagen, dass diese zwei Klassen zu diesem Zeitpunkt ganz aufgefüllt werden, dann wären drei Schüler übrig geblieben. Dann hat man sich überlegt, dass es nicht sehr gescheit ist, drei Schüler nach Oberwil zu schicken. Dann lassen wir lieber einen Platz weg, dann ist es eine grössere Gruppe. Weitere solche Gedanken haben zu dieser Entscheidung geführt. Die Schulleitung hat sich wirklich viel Mühe gemacht und hat dies nicht leichtfertig gemacht. Ich möchte mich bei allen Einwohnerräten bedanken, wie sehr sie sich einsetzen für die Kinder in Allschwil. Das hat mich extrem gefreut, wie engagiert hier alle dabei sind. Zum Votum von Simon Zimmermann. Ich bin mit Regierungsrat Wüthrich mehrmals ins Gespräch getreten, habe es mehrmals versucht, bis ein ganz und gar abschlägiger Bescheid gekommen ist mit Berufung auf die rechtliche Grundlage des Bildungsgesetzes, Paragraph 9 usw. Das wurde mehrmals versucht von dieser und von der anderen Seite, bis der Entscheid definitiv gefallen ist. Ich möchte Stephan Wolf fragen, wie er zum Vorschlag des Gemeinderates steht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich bin gleicher Meinung wie Siro Imber. Eine Abänderung unserer Motion ist gar nicht notwendig. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich nicht der einzige Motionär bin, es ist ein Fraktionsbeschluss, ich kann den nicht einseitig abändern. Ich schlage vor, dass wir zuerst über unseren Antrag abstimmen und nachher als Eventualantrag über den von der Gemeinde abstimmen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich finde nicht, dass wir eventual über den vom Gemeinderat abstimmen sollten. Ich möchte das wissen, bevor ich über das erste abstimme.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Eventualiter ist ein juristischer Ausdruck, das heisst, für den Fall, dass unserer abgelehnt wird, wird danach abgestimmt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir werden nachher genau sagen, wie wir vorgehen mit diesen beiden Anträgen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Eine kurze Stellungnahme, es wurde viel gesagt und ich bin auch Motionär. Was der Gemeinderat gesagt hat, ist völlig richtig. Es scheisst mich auch an, dass der Kanton solche Sachen macht und wir es jetzt ausbaden müssen. Es scheisst mich an, dass wir weiter denken müssen als die anderen im Kanton. Was Rita Urscheler gesagt hat, ist klar. Über etwas abstimmen, die Katze im Sack, ohne zu wissen, was das kostet, dafür habe ich Verständnis, dass man das nicht gern macht. Aber man kann etwa ausrechnen, was das ausmacht bei sieben Schülern. Mit dem anderen Vorschlag geht es einfach noch ein paar Monate. Jetzt haben wir die Chance, um Nägel mit Köpfen zu machen. Wir können ein Urteil fällen und dann können die Eltern in die Sommerferien. Nacher ist es Scheisse genug – Entschuldigung für dieses Wort, aber es ist wirklich umständlich -, dass ihre Kinder nach Oberwil müssen.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Wir besprechen kurz das Abstimmungsprozedere, einen Augenblick bitte.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben im Büro das Vorgehen gemeinsam besprochen. Wir werden zuerst über den Antrag der Motion abstimmen. Falls dieser nicht angenommen wird, liegt ein Vorschlag des Gemeinderates auf einen Antrag vor, den sie ausformuliert haben, den Herr Wolf als Motionär als Eventual-Antrag stellen würde.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich verstehe nicht, weshalb wir nicht den einen Antrag gegen den anderen abstimmen, dass man es gegenüber stellt und als zwei gleichwertige Vorschläge anschaut.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Weil wir dann von Vornherein zum Nein-Sager-Gremium werden. Das war früher das Problem bei Initiative und Gegenvorschlag, wo das doppelte Nein möglich war, aber nur ein einfaches Ja. Wenn wir jetzt die beiden Anträge gegenüberstellen, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass beide abgelehnt werden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Noch eine Antwort für Sie vom Büro. Es ist eine Motion, die wir so nicht abändern können. Wir müssen so darüber abstimmen.

Josua Studer, parteilos: Es kommt noch ein weiterer Punkt dazu. Das Reglement, Paragraph 60, sagt, Sitzungsordnung, Teilnahme des Gemeinderates: Die Mitglieder des Gemeinderates nehmen an den Sitzungen des Einwohnerrates von Amtes wegen teil. Sie haben beratende Stimme und kein Antragsrecht. Klar kann der Gemeinderat seine Anträge eingeben, wenn es ein ordentliches Geschäft ist. Aber jetzt ist es eine Vorlage, die von einer Fraktion eingereicht wurde. Wir befinden darüber und dann ist es legitim, wenn der Einwohnerrat das okay gibt, dass wir in einem zweiten Schritt, wenn der Vorstoss abgelehnt wird, entscheiden, ob wir einen Antrag des Gemeinderates berücksichtigen möchten. Es ist eine grosse Gefahr, wenn wir jetzt das gegenüberstellen, dann müssen wir uns jetzt entscheiden, welches von beidem wir wollen. Jemand, der den Vorstoss der CVP unterstützen möchte, muss sich jetzt entscheiden. Und je nachdem, wie man das aufgenommen hat und bald Feierabend möchte, sagt man beim einen oder anderen ja. Ich finde es tiptopp, dass das Büro entschlossen hat, so vorzugehen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz: In der Motion steht dringlich, da ist ein Zeitfaktor drin. Das heißt, man möchte möglichst schnell den Eltern eine Mitteilung machen. Es sind Sommerferien, auch die Gemeinschaft reduziert, und wir alle auch. Der Vorschlag des Gemeinderates ist viel offener. Wir wissen die Zielrichtung, die wurde klar gesagt heute Abend. Warum nicht den offenen Antrag zuerst nehmen und sagen: Wow, das ist es. Der Gemeinderat hat es glaub verstanden und wird sich zusammensetzen und etwas machen. Da muss man ansetzen, den Zeitfaktor brauchen wir nicht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Nur kurz wegen den unbekanntem Kosten, die angesprochen wurden. Es wurde gesagt, dass es ungefähr Kosten von CHF 7'500 sein werden. Ich habe diese Zahl nicht selber überprüft, aber das wird ungefähr der Rahmen sein, den man sich vorstellen kann.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir gehen so vor, wie wir es vorhin gesagt haben. Wir stimmen zuerst über die Motion ab und nachher eventuell über den Eventualantrag, der den Wortlaut des Vorschlags des Gemeinderates hat. Der Antrag der Motion lautet:

Im Rahmen einer Übergangslösung übernimmt die Gemeinde Allschwil die Kosten für das folgende Schuljahr, welche aus Transport zum Schulort und Verpflegung der Schülerin/des Schülers entstehen.

://:

Die Motion wird gutgeheissen mit 16 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Somit ist diese Motion überwiesen und ein Eventualantrag hinfällig.

Die dringliche Motion hat ziemlich viel Zeit in Anspruch genommen. Deswegen fahren wir jetzt in der Traktandenliste nicht mehr weiter.

Trotzdem ist die Sitzung noch nicht ganz am Schluss. Damit wir unsere Sitzungen hier drin ohne Probleme abhalten können, haben wir zwei Heinzelmännli, die vor jeder Sitzung und während der Sitzung schauen, dass es uns gut geht. Zum einen ist das Herr Gloor, der uns die Plätze herrichtet, und die zusätzlichen Unterlagen hinlegt und schaut, dass die Mikrofonanlage während der Sitzung tiptopp funktioniert. Eine nicht weniger wichtige Aufgabe erfüllt seine Frau, die dafür schaut, dass wir in der Pause ein reichhaltiges Buffet haben, wo wir uns bedienen und gestärkt in die zweite Runde starten können. An dieser Stelle möchte ich Ihnen ganz herzlich danken und ich bitte die beiden zur mir nach vorne.

Wir haben nicht nur hier im Saal Leute, die uns zuarbeiten. Es ist auch die ganze Gemeindeverwaltung in allen Departementen. Dieser Gemeindeverwaltung steht Sandra Steiner vor. Ihr möchte ich stellvertretend für die ganze Gemeindeverwaltung als Dank einen Blumenstrauss überreichen. Nun noch eine Information zum Freitagabend, der Abschlussabend des Einwohnerrates. Auf der Einladung steht, dass das Nachtessen im christkatholischen Kirchgemeindesaal stattfindet. Da gab es einen Ortswechsel. Man trifft sich um 20.00 Uhr für den Apéro und das Nachtessen in der Landi-Schüre. Bekocht werden wir, wie es in der Einladung steht, von Hansjörg Werdenberg. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, bis morn.

ENDE

Mittwoch, 22. Juni 2011, 18.00 Uhr

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie alle herzlich zu unserer Sitzung heute Abend. Wir haben gestern bereits mit der Traktandenliste angefangen, heute werden wir noch das Traktandum 3 behandeln, bevor wir zu den Wahlgeschäften kommen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Kurz vor der Sitzung sind noch zwei Vorstösse ausgeteilt worden, die heute eingereicht wurden. Die Postulanten haben sich entschieden, nur einen für heute Abend einzureichen. Es ist ein dringliches Postulat betreffend Solarkataster für die Gemeinde Allschwil, eingereicht von Herrn Lochmann.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Es tut mir leid, dass es so kurzfristig eingetroffen ist, sodass Sie es wahrscheinlich noch nicht ganz durchlesen konnten. Trotzdem möchte ich das dringlich einreichen. Es geht darum, dass wir in Allschwil einen Solarkataster auf der Homepage aufschalten. Jeder Eigentümer eines Hauses oder auch eine Verwaltung hat die Möglichkeit auf dem Solarkataster zu schauen, wie geeignet sein Hausdach für Solarenergie ist. Die Ausarbeitung eines Solarkatasters dauert rund drei Monate. Bis alles aufgeschaltet ist, gehe ich davon aus, wird es sicher fünf Monate dauern. Wenn jetzt das noch lange in den Ordnern liegt und erst in einem halben Jahr bearbeitet wird, dann geht das zu lange. Das Thema ist jetzt aktuell und die Bürger befassen sich mit dieser Thematik. Wir sollten ihnen jetzt eine Hilfestellung geben. Es ist eine gute Art, den Bürgern zu zeigen, ob es sinnvoll ist für ihr Hausdach oder nicht.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich halte gegen die Dringlichkeit. Solar ist kein neues Thema, ich habe vor 20 Jahren hier einen Antrag gestellt für eine Solartankstelle in Allschwil. Wir hatten es gestern von ehrlichen Voten und glaubwürdigen Sachen, die die Politiker rauslassen. Wir müssen nicht pressieren, das Thema ist auf dem Tisch. Die Gemeinde wäre parat, wenn jemand wissen möchte, ob es auf dem Dach möglich ist, diese Informationen zu geben. Egal, wie wir es eingeben heute Abend, die Verwaltung weiss, dass das kommt. Die Sonne ist nicht dringlich. Der Entscheid für gewisse Parteien zu sagen, sie wollen auch mitmachen, wäre sehr dringlich, aber sicher nicht das Papier.

Josua Studer, parteilos: Ich kann mich nicht entscheiden, ob das dringlich ist oder nicht. Ich möchte sehr gerne mehr Informationen des Gemeinderates haben. Es ist ein Auftrag, der an den Gemeinderat geht. Zudem ist es in meinen Augen eine Motion, wenn schon, und kein Postulat. Wie dringlich es ist, dafür sollte ich mehr Informationen haben, um darüber zu entscheiden.

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat aufgrund dieser sehr schnellen Einreichung dieses Postulats, es ist erst heute Abend eingegangen, noch nicht darüber debattiert. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dies selbstverständlich auch inoffiziell an die Verwaltung weitergeben kann. Über die Dringlichkeit konnten wir uns noch nicht äussern und ich gehe davon aus, dass es für den Moment nicht so wichtig ist.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich denke, wir müssen hier aufpassen, dass wir den Begriff Dringlichkeit nicht überstrapazieren. Das Thema liegt bei anderen Parteien seit je nach dem Jahrzehnten auf dem Tisch und sie probieren sich dafür einzusetzen. Andere Parteien waren dagegen. In den letzten paar Wochen hat die FDP endlich entdeckt, was an grünen Energien an Potenzial da ist. Das ist sehr erfreulich. Rein vom Herz her und von der Sache müsste ich sagen, dass wir dies sofort umsetzen. Von der politischen Haltung her, dürfen wir die Dringlichkeit nicht machen. Ich hoffe, es läuft und ich freue mich darauf, wenn es kommt, aber ich bin nicht für die Dringlichkeit.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit gibt, kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

://:

Es ist eindeutig, dass es kein Zweidrittelmehr für die Dringlichkeit gibt.

604 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 01.06.2011
betreffend Prüfung einzelner Produktgruppen
Geschäftsvertretung: Vize-Präsident GPK, Geschäft 4010

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Im Namen der GPK möchte ich kurz ein paar Worte dazu sagen. Wie jedes Jahr hat die GPK vier verschiedene Themenbereiche aus der Vielfalt der Produktgruppen ausgewählt und hat eine Besichtigung vor Ort durchgeführt. Seit 2010 gibt es bekanntlich eine Arbeitsgruppe, die ein neues Modell der Kosten/Leistungs-Rechnung erarbeitet. Das bringt mit sich, dass die Kostenrechnung, die die Fireko prüft, und die Leistungen, die die GPK prüft, eng verknüpft sind. Aus diesem Grund haben sich Fireko und GPK entschlossen, die gleichen Stichworte von den gleichen Produktgruppen durchzuführen. Wir haben uns geeinigt und haben folgende Punkte geprüft. Erstens Standortmarketing. Zweitens Ereignisbewältigung. Drittens Gesundheitsvorsorge. Viertens AHV. Fünftens der Gemeinderat. Ich möchte nicht auf alle Punkte im Detail zu sprechen kommen, sondern nur ein paar Aspekte hervorheben, weil die entsprechenden Details im Bericht selber zu lesen sind.

Bei der Ereignisbewältigung hat die GPK zusammen mit Sandra Steiner an einer sehr kompetenten Führung teilgenommen, unter der Leitung von Ruedi Werdenberg. Er ist Stabschef vom regionalen Führungsstab Allschwil/Schönenbuch. Dabei war auch Claude Hartmann und wir konnten vor Ort in den Bunker gehen, bekamen eine kleine Führung vor Ort, wie es im konkreten Ereignisfall ablaufen würde, und haben bemerkt, dass Allschwil im Bedarfsfall sehr gut aufgestellt wäre. Der Aufhänger, weshalb wir das wissen wollten, war das leidige Thema Fukushima. Wir wollten wissen, was im konkreten Ereignisfall passieren würde, wie werden die Leute informiert. Gibt es ein Informationssystem? Wir haben zur Antwort erhalten, dass für die Schutzraumzuweisung, wo keiner von uns in der GPK wusste, wo wir hin müssten, es diese Information gar nicht mehr gibt. Es gibt nicht mehr wie früher ein Schutzraumzuweisungssystem, wo jeder weiss, in welche Türe er rein muss. Es wird von Fall zu Fall angepasst und dann via SRG kommuniziert. Zudem verfügt die Gemeinde Allschwil in diesem Bunker über einen direkten Zugang zu einem externen Server und eigene Notstromgruppen zur Versorgung des Internetauftritts. Dies sollte zu jeder Zeit gewährleistet sein, sodass man auch dort Informationen für die Ereignisbewältigung entgegennehmen kann.

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorge sind wir bei der zweiten Begehung, auch mit Sandra Steiner und Franziska Pausa, mit Heinz Kraus zusammengetroffen. Wir hatten dort mit dem Leiter des Jugend- und Familienfreizeithauses eine kleine Besprechung. Im Anhang zum Bericht, den wir rausgegeben haben, ist das drin. Wir haben das Allschwiler Suchtkonzept von 1994 erhalten. Wir haben ein bisschen geschmunzelt und gestaunt, weil das relativ alt ist. Dies hat uns veranlagt dazu, dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, dies aufzupeppen, damit es vom Layout und vom Inhalt 2011 entspricht.

Es gibt auch noch den Anhang 2. Das ist eine Auflistung des Gemeinderates, an welchen Institutionen, Stiftungen und Organisationen er teilnimmt. Man sieht, dass es viele verschiedene Arten sind, wo der Gemeinderat sich Zeit nimmt und viel Kraft investiert, um dort dabei zu sein. Ich denke, dies sollte man an dieser Stelle lobend erwähnen und verdanken, dass dieses grosse Engagement besteht.

Kurz zum Standortmarketing. Dazu kann ich leider nichts sagen, weil dieser Bericht vergriffen war, den wir gerne gehabt hätten. Aber er existiert weiterhin und man kann auf der Homepage mehr darüber erfahren. An dieser Stelle möchte ich Sie bitten, im Namen der GPK die Leistungsberichte des Standortmarketings, Ereignisbewältigung, Gesundheitsvorsorge, AHV und Gemeinderat, so wie es im Bericht vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich danke der GPK, dass sie immer wieder Vertiefungsprüfungen macht. Das ist wichtig, auch für ein Feedback, das der Gemeinderat zu den einzelnen Themen erhält. Die einzelnen Themen sind interessant. Wir haben Fragen, die detailliert gestellt wurden, ebenso detailliert beantwortet und sind auf ein paar Sachen zu sprechen gekommen. Das eine ist das Standortmarketing. Die Gemeinde Allschwil ist eine interessante Gemeinde. Wir haben viele Ziele, darüber haben wir gestern geredet. Diese Ziele haben zwei Konsequenzen. Erstens kosten sie Geld und zweitens brauchen sie Personalressourcen. Wenn ich das Geld anspreche, dann spreche ich heute Abend nicht von der Rechnung, sondern von der Tatsache, dass das Geld verdient werden muss. Ich darf feststellen, dass wir bei den natürlichen Personen seit 10 bis 15 Jahren stagnieren, die Steuereinnahmen in etwa also gleich hoch bleiben. Wir haben einen sehr grossen Schritt gemacht im Bereich der juristischen Personen. Wir reden da von einer Steigung von CHF 4'000'000 auf CHF 11'000'000. Ich sage das immer wieder gern, auch morgen Abend am KMU-Anlass, dass die Gemeinde Allschwil für diese Ausgaben, die gemacht wurden, Harmos, Tagesschule, Tageskindergarten, Schulhausbau, etc. wir massgeblich auf diese Einnahmen angewiesen sind. Darum messe ich dem Standortmarketing eine grosse Bedeutung bei, auch in Zukunft, Allschwil braucht das.

Es werden immer wieder Fragen gestellt zum Stellenplan der Gemeinde Allschwil. Grundsätzlich liegt der Stellenplan in der Kompetenz des Gesamtgemeinderates. Wir haben in einzelnen Departementen aktuell eine Diskussion um den Stellenplan, also um Stellenaufstockungen, um die zusätzlichen Arbeiten zu bewältigen. Wir sind noch nicht überall sehr weit, aber diese Pensenerhöhungen werden zurzeit diskutiert. Wir haben seit zehn Jahren fast nichts mehr daran bewegt, da stellt sich auch die Frage des

Raumbedarfs. Wir werden auch künftig den Raumbedarf überprüfen und schauen, wie es weitergehen soll.

Ereignisbewältigung wurde sehr gut aufgezeigt. Wir sind tatsächlich auf einem hervorragenden Stand mit dem OKP, das technisch auf dem neuesten Stand ist, und damit garantiert einsatzfähig ist, wenn es am Schluss darum geht, aus dem OKP einen Einsatz zu führen. Wir funktionieren in diesem Bereich auch recht gut mit unserem Stab. Wir hatten eine Übung letztes Jahr, die wir mit gut bestanden haben. Ich selber hatte einen sehr guten Eindruck, sodass ich meine, wir sind tatsächlich aufgrund der Vorbereitungsarbeiten und vom Wissen und der Arbeitsmethodik in diesem Stab in der Lage, ein Ereignis zu bewältigen.

Gesundheitsversorgung: Jawohl, verstanden. Es ist zwar frech, wenn die GPK geschmunzelt hat, aber ich kann es verstehen. Wir haben auch geschmunzelt, als wir es gesehen haben, 1994. Wir werden das Allschwiler Suchtkonzept ganzheitlich nochmals anschauen und schauen, ob wir es an der einen oder anderen Ecke oder total revidieren müssen. Wir kommen auf jeden Fall damit zum Einwohnerrat. In Allschwil funktioniert diese Thematik grundsätzlich gut mit der Suchtprävention. Auch die Kontrolle der öffentlichen Plätze, die vom Jugend-Freizeithaus gemacht wird und auch durch die Gemeindepolizei, die auch am Wochenende im Nachtdienst arbeitet und die neuralgischen Punkte in Allschwil prüft. Das ist eine gute Situation, die wir haben. Andere Gemeinden haben mit diesem Thema immer wieder Mühe, manchmal mehr und manchmal weniger. Zurzeit haben wir das Littering-Problem, wo ich finde, dass es vor allem beim Dorfplatz am Wochenende da ist.

AHV wurde gesagt, da möchte ich nichts mehr dazu sagen.

Es ist im Gemeinderat nicht getan mit der Gemeinderatssitzung am Mittwochnachmittag und mit der Einwohnerratssitzung. Da sage ich Ihnen nichts Neues. Es wurde zu Recht festgestellt, dass wir viele Präsenzzeiten haben in vielen Gremien. Viele von diesen Gremien sind im Einwohnerrat nicht ganz so bekannt. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache, weil sie relativ weit gefächert sind. Es ist für die Gemeinde Allschwil wichtig, dass wir in all den Gremien gut vertreten sind, um die Position Allschwil aktiv zu vertreten. Wir sind darauf angewiesen, und das funktioniert sehr gut. Ich danke vor allem dem Dank der GPK, dass man dies honoriert hat in der Feststellung, was hier an Arbeit geleistet wird. Damit habe ich geschlossen und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten ins Geschäft nicht bestritten wird, dann kommen wir jetzt zur Beratung des ganzen Geschäfts.

Jean-Claude Bourgnon, SP/EVP-Fraktion: In der Fraktion SP/EVP haben wir diesen Bericht auch studiert. Wir haben den Ausführungen des Vize-Präsidenten so weit nichts beizufügen und empfehlen Ihnen, ihn so zur Kenntnis zu nehmen. Persönlich möchte ich anfügen, dass ich das sachbezogene und konstruktive Arbeitsklima in der GPK sehr schätze.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich schliesse mich dem grad an. Ich möchte dem Präsidium und allen Mitgliedern der GPK danke sagen, es ist wirklich gut, dort zu arbeiten. Ich möchte auch wie jedes Jahr der Verwaltung danke sagen, insbesondere Sandra Steiner und Toni Lauber, aber auch allen anderen, die involviert waren. Es ist immer eine grosse Arbeit, unsere pingeligen Fragen zu beantworten. Wir sind dankbar, es ist immer sehr aufschlussreich. Ich habe jedes Jahr gefragt, warum es immer so knapp ist. Dieses Jahr konnten wir das wirklich in Ruhe und sorgfältig bearbeiten. Danke, dass dieses Anliegen erfüllt wurde. Ich möchte persönlich und als Mitglied der Grünen Fraktion sagen, dass die Mitarbeit in der GPK für mich sehr interessant und fruchtbar ist. Man erhält immer wieder Einblick in Sachen, die ich sonst nie sehen würde. Vor allem fand ich dieses Mal die Führung zur Ereignisbewältigung sehr interessant. Herr Werdenberg und Herr Hartmann haben dies sehr kompetent und eindrücklich gemacht. Als Einwohnerin habe ich das eindrücklich empfunden, ich bin wirklich beruhigt. Ich merke, dass hier kompetent geplant wurde, dass alle wissen, was zu machen ist, und dass Vorsorge getroffen wurde für alle möglichen Fälle. Das finde ich wirklich eine sehr beruhigende Sache und das hätte ich nicht erleben können, wenn ich nicht GPK-Mitglied wäre. Ich frage mich, was in Allschwil der grösste anzunehmende Unfall ist, der passieren könnte. Ich wusste nie so recht, ob es ein Flugzeugabsturz wäre oder ein Erdbeben. Ich habe diese Frage an der Führung gefragt und es ist also wirklich der Flugzeugabsturz, der die gefährlichste Sache ist, laut Herr Werdenberg, worauf man sich gründlich vorbereitet. Logisch, dass ich das jetzt bringe als Grüne. Das ist ein Grund, weshalb wir im Herbst bereits beschlossen haben, dass wir die Produktgruppe Ereignisbewältigung prüfen wollten, weil wir wussten, dass dies etwas ist, das für die Bevölkerung und die Einwohnerschaft sehr wichtig ist. Ich danke in diesem Zusammenhang Toni Lauber, ich weiss, dass er sich stark einsetzt in der Problematik der Starts und Landungen in der allgemeinen Flugzeugproblematik. Mir ist Asterix in den Sinn gekommen, dort gibt es den Häuptling des

Gallier-Dorfes, das ist der Majestix oder so. Ich habe Toni Lauber gesehen, der zum Glück keine Angst haben muss, dass ihm der Himmel auf den Kopf fallen könnte, weil er gute Vorsorge getroffen hat, dass dies nicht passiert mit einem Flugzeug.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Prüfungsumfang

3. Vorgehen

4. Ergebnis der Prüfung

4.1 Allgemeine Feststellung

4.2 Standortmarketing

4.3 Ereignisbewältigung

4.4 Gesundheitsvorsorge

4.5 AHV

4.6 Gemeinderat

5. Dank

6. Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung der Anträge der GPK.

1. Die Leistungsberichte Standortmarketing, Ereignisbewältigung, Gesundheitsvorsorge, AHV, Gemeinderat, werden zur Kenntnis genommen.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Vom vorliegenden Bericht der GPK betreffend Prüfung der Leistungsberichte 2010 wird Kenntnis genommen.

:::

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

:::

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

Wir fahren jetzt nicht mehr fort in unserer Traktandenliste nach den Traktanden, sondern kommen direkt zum Traktandum 8.

605 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2011/2012

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
- b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
- c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
- d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
- e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen, Geschäft 4000

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zuerst zur Wahl des neuen Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat Cedric Roos, zurzeit 1. Vizepräsident im Büro, für den Einwohnerratspräsidenten für das Jahr 2011/2012 nominiert. Gestatten Sie mir, dass ich den Kandidat im Rat kurz vorstelle. Cedric Roos wurde 1985 geboren, er ist also 26 Jahre alt. Er ist von Romoos in Luzern. Er hat Schulen in Basel und in Allschwil besucht, Primar- und Orientierungsschule in Basel, PG in Allschwil und das Gymnasium in Basel. Er hat an der Uni Basel Rechtswissenschaften studiert und im Mai dieses Jahres mit dem Bachelor das erste akademische Diplom erworben. Er hat im Sinne, das Studium fortzusetzen. Im Militär ist er Offizier und ist in einer Funktion als Untersuchungsrichteranwärter am Militärgericht 7 tätig. Am 1. Juli dieses Jahres, also in 14 Tagen, tritt Cedric Roos in Zürich bei der Zürcher Kantonalbank seine Berufslaufbahn an. Er ist dort als Assistent des Leiters Recht und Compliance angestellt. Er hat auch ein Hobby und ausserberufliche Engagements. Er wandert gerne und spielt Golf. Im Winter ist er auf den Skiern oder mit dem Snowboard unterwegs und ist ein Musical-Fan. Er ist nebenberuflich in Führungsfunktionen tätig für die Interessensgemeinschaft der Tauchclubs beider Basel und im Förderverein der Universität Basel. Wir empfehlen euch unseren jungen und engagierten Kollegen zur Wahl für das ehrenvolle Amt als Einwohnerratspräsident. Wir sind überzeugt, dass Cedric Roos die Qualifikationen für diese anspruchsvolle Aufgabe mitbringt und die Herausforderungen meistern wird. Wir würden uns sehr freuen, wenn der Rat unserem jungen Kollegen sein Vertrauen aussprechen würde.

Susanne Studer, parteilos: Die Schweizer Demokraten empfehlen Josua Studer als Präsident.

Josua Studer, parteilos: Dazu muss ich mich natürlich kurz melden. Ich fühle mich sehr geehrt, dass ich hier nominiert wurde. Ich denke, ich kann darauf verzichten, mich näher vorzustellen. Bei mir kann man alles auf www.brummi.ch nachlesen. Warum die Schweizer Demokraten mich nominieren, ist ganz einfach. Ich habe immer wieder das Präsidium kritisiert. Wer kritisiert, sollte es besser machen können und der sollte auch die Möglichkeit haben zu beweisen, dass er nicht nur ein Schwätzer oder ein Allesbesserwisser ist, in Anlehnung an Alt-Bundesrat Blocher, wieso er so weit gekommen ist. Er hat an einer Gemeindeversammlung angefangen zu reklamieren übers Verfahren, und am Schluss hat man gesagt, wenn er immer reklamiert, dann soll er Verantwortung wahrnehmen und kandidieren, dann hat er die Möglichkeit gewählt zu werden und es zu zeigen. Und er hat es bis in den Bundesrat gezeigt, dass er das, was er von den anderen wollte, immer selber bringen könnte. Ich masse mir an, dass ich gleich gut wäre.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich bitte um Ruhe. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich die Stimmzähler darum, die Stimmzettel auszuteilen. Sie kennen die Wahlvorschläge. Füllen Sie den Stimmzettel aus, nachher werden die Stimmzähler die Stimmzettel einsammeln.

INFO-FENSTER

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir nutzen die Pause, die durchs Stimmenzählen entsteht, für ein Info-Fenster des Gemeinderates. Ich gebe das Wort Thomas Pfaff.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe eine Ergänzung zu meinen Ausführungen von gestern. Ich habe Ihnen auf einer Folie gezeigt, wie die Bevölkerungszahlen 2010 sind. Dabei habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, Sie haben es sicher auch selber festgestellt, dass es eine Differenz gibt zur Zahl, die im Geschäftsbericht abgebildet war. Ich habe gestern nicht mitteilen können, welche die korrekte Zahl ist. Ich habe das heute abgeklärt und kann Ihnen mitteilen, dass die Bevölkerungszahl von 19'439 per Ende letzten Jahres auf der Folie korrekt war. Ich bitte Sie zu entschuldigen, dass im Geschäftsbericht eine falsche Zahl publiziert wurde. Ich habe auch gesagt, dass Sie das Übersichtsblatt jederzeit bei den Einwohnerdiensten abholen können. Selbstverständlich dürfen Sie vorbeikommen, aber viel einfacher ist es – da wurde ich heute belehrt – auf unserer Homepage. Da findet man alles mit drei Klicks. Der erste Klick heisst Wirtschaft, der zweite Standort Allschwil und der dritte Bevölkerungsstruktur. Dann sind Sie auf der Seite, die Sie hier sehen. Mit einem vierten Klick kommen Sie aufs Jahr 2008, 2009, 2010 oder aufs erste Quartal 2011. Sie können sich ab sofort ohne meine Mithilfe selber informieren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben die Wahlergebnisse für das Präsidium.

Ausgeteilte Stimmzettel 36, eingegangen 36, davon leer oder ungültig 6, gültige Stimmen 30. Das absolute Mehr liegt bei 16.

://:

Gewählt ist mit 21 Stimmen Cedric Roos.

Ferner Stimmen haben erhalten Josua Studer 6 Stimmen, Hans-Peter Tschui 2 Stimmen und Rolf Adam 1 Stimme. Ich gratuliere Cedric Roos sehr herzlich zu dieser Wahl. Ich kann ihm versprechen, dass ein schönes Jahr vor ihm liegt.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Ich danke euch recht herzlich für diese Wahl. Es ist mir eine Ehre in meinem jugendlichen Alter eine so grosse Verantwortung übertragen zu erhalten. Als wahrscheinlich jüngster Präsident des Einwohnerrates vertrete ich zudem eine neue Generation. Als Digital Native möchte ich mich während meines Präsidialjahres für die junge neue Generation einsetzen. Ein spezielles Anliegen ist es mir, den Primarschulen den Sprung ins digitale Zeitalter zu verschaffen, um auch in diesem Bereich das Bild einer modernen Gemeinde zu repräsentieren. Speziell möchte ich allen danken, die mich auf dem Weg zum Präsidium unterstützt haben. Das sind insbesondere meine Fraktion, das ganze Einwohnerratsbüro, Sandra Steiner und Nicolas Proschek. Ein herzliches Dankeschön dafür. Zum Schluss möchte ich den deutschen Bundestagspräsidenten Norbert Lammer zitieren. Er hat gesagt: „Die Übernahme eines Amtes macht aus einer Person keinen Würdeträger, aber mit der Annahme der Wahl eben mehr als eine Privatperson“. Ich hoffe, dass ich diesen Erwartungen gerecht werden kann und das Amt entsprechend mit Leben ausfüllen kann. Im Anschluss an diese Sitzung lade ich euch herzlich zum obligaten Apéro in der Landi-Schüre ein. Ich bedanke mich nochmals sehr herzlich für diese Wahl.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur nächsten Wahl, zur Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Rolf Adam vor.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ich bitte wiederum die Stimmentzähler die Stimmzettel zu verteilen.

Das Büro hat beschlossen, dass wir in der Traktandenliste fortfahren mit den Traktanden, die wir als schnelle Traktanden einschätzen, ohne grosse Diskussionen. Es kann natürlich immer Überraschungen geben. Wir fahren weiter mit Traktandum 4.

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 25.05.2011 betreffend
Resolution für die Stilllegung des AKW Fessenheim
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4004

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie bereits wissen, hat der Gemeinderat am 13. April dieses Jahres, dass er eine Resolution zuhanden des Schutzverbandes unterzeichnet. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ich Ihnen den Bericht vorlegen darf, sodass auch der Einwohnerrat die Gelegenheit hat, diese Resolution zu unterschreiben und mitzutragen. Im Wesentlichen geht es in dieser Resolution um drei Forderungen gegenüber dem Atomkraftwerk Fessenheim. Der Grund ist der, dass das Atomkraftwerk Fessenheim ein sehr altes Kraftwerk ist und nach heutiger Auffassung auf einer gefährlichen Technologie basiert und schon sehr viele Pannen hinter sich hat. In der Resolution wird gefordert, dass das Kernkraftwerk stillgelegt werden soll und entsprechende Alternativen aufgezeigt werden sollen, wie die Lücken in der Stromproduktion gefüllt werden sollen. Den ganzen Wortlaut finden Sie im Bericht. Ich kann Ihnen mit gutem Gewissen empfehlen, dass Sie den Bericht verabschieden. Grundsätzlich ist es so, wenn wir von einem Störfall dieses Kraftwerkes ausgehen, zum Beispiel ein Erdbeben, welches Hochwasser auslösen würde und das Kühlsystem zum Ausfall bringen würde, dass dies auf Allschwil schwerwiegende Konsequenzen hätte. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir das gute Mutes unterzeichnen dürfen und an die Behörden weitergeben sollen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten wird, dann eröffne ich die Diskussion übers ganze Geschäft.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns mit dieser Thematik auch auseinander gesetzt und wir sind klar zum Schluss gekommen, dass man diese Resolution mit gutem Gewissen unterschreiben kann und sogar unterschreiben muss. Wir möchten aber trotzdem vor allzu grossen Illusionen warnen, dass Frankreich wegen dieser Resolution dieses Atomkraftwerk stilllegt, das glauben wir nicht. Aber es ist doch wichtig, dass man ein Zeichen setzt.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Sogar die FDP hat erkannt, dass das Atomkraftwerk Fessenheim garantiert eine Gefahr ist. Wenn etwas passiert, dann haben wir mitten in Europa einen Totalschaden. Wir finden auch, dass man dies unbedingt unterstützen soll, deshalb sind wir für diese Resolution.

Benedikt Gnos, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion stimmt dieser Resolution natürlich zu, weil sie vernünftig ist. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch dem Gemeinderat zu danken, der diese Resolution schon viel früher verabschiedet hat. Die Zustimmung des Gemeinderates hat eine höhere Verbindlichkeit als die vom Einwohnerrat. Als ausführende Behörde ist der Gemeinderat in einer höheren Verpflichtung, nicht nur der Stilllegung des Atomkraftwerks zuzustimmen, sondern auch die Anwendung und Umsetzung von Alternativenergien zu begünstigen. Ich freue mich auf das baldige Erstrahlen von Solaranlagen auf dem Gemeindehaus, auf dem Hallenbad, auf dem neuen Feuerwehrmagazin und auf allen öffentlichen Gebäuden.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstützt die Resolution vorbehaltlos. Wir meinen, dass der politische Druck aufrechterhalten werden muss, nicht nur hier in der Schweiz, sondern auch im umliegenden Ausland. Das betrifft unsere badischen Nachbarn genauso wie die im Elsass, wir sind sehr für diese Resolution.

Josua Studer, parteilos: Viel Lobeshymnen, viele Wünsche, aber wir wissen auch, wie es mit den Deponien aussieht. Es sind meistens noch Wünsche. Schlussendlich wird gemacht, was Frankreich möchte. Wir haben sehr wenig Einfluss, das hat nichts damit zu tun, dass die Schweiz eine so genannte EU-Insel ist. Die Franzosen lassen sich nicht reinreden, aber es ist wichtig, dass man Position bezieht und dass wir dies mit anderen Gemeinden zusammen publik machen, nämlich mit dieser Resolution. Wir

können dies auch sehr unterstützen. Ich warne vor zu vielen Hoffnungen. Wir werden es wahrscheinlich noch erleben, dass es eine Bedrohung wird für uns. Auch das Abschalten geht über Jahre hinweg, ein Rückbau noch viel länger als nur ein paar Jahre. Wir werden noch lange mit Fessenheim zu tun haben. Es ist schön, dass wir in diesem Zusammenhang so schnell handeln. Es ist wünschenswert, aber wir müssen realistisch bleiben, damit wir keine Fehler machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Ich unterbreche dieses Traktandum kurz. Inzwischen ist die Aufzählung für das 1. Vize-Präsidium abgeschlossen.

Ausgeteilte Wahlzettel 36, eingegangen 36, davon leer/ungültig 5, gültige Stimmen 31. Das absolute Mehr liegt bei 16.

://:

Gewählt mit 30 Stimmen ist Rolf Adam.

Ich gratuliere ihm herzlich. Eine weitere Stimme hat Hans-Peter Tschui erhalten.

Rolf Adam, 2. Vize-Präsident: Herzlichen Dank für dieses ausserordentlich tolle Resultat. Ich bedanke mich für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit und ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Wahl des Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin. Ich erbitte Wahlvorschläge.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir schlagen für den 2. Vize-Präsidenten Andreas Bammatter vor. Vorstellen tu ich ihn sicher nicht.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, dann bitte ich die Stimmenzähler die Wahlzettel auszuteilen.

Darf ich wieder die Aufmerksamkeit des Rats haben? Nachdem die bis jetzt neu gewählten ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, fahren wir weiter mit Traktandum 4. Wir kommen zur Detailberatung, ich gebe das Wort an Rolf Adam.

Rolf Adam, 2. Vize-Präsident:

1. Ausgangslage

2. Resolution

3. Antrag

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge.

1. Die Resolution für die Stilllegung des AKW Fessenheim wird verabschiedet.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Unterstützung der Resolution wird dem TRAS durch das Büro des Einwohnerrates schriftlich mitgeteilt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Die Unterstützung der Resolution durch den Einwohnerrat wird durch die Gemeindeverwaltung Allschwil den Medien bekannt gemacht.

://:
Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:
Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

Die Wahlergebnisse für das 2. Vize-Präsidium sind da.

Ausgeteilte Wahlzettel 36, eingegangen 36, davon leer/ungültig 1, gültige Stimmen 35. Das absolute Mehr liegt bei 18.

://:
Gewählt ist Andreas Bammatter mit 30 Stimmen.

Ferner haben Stimmen erhalten Hans-Peter Tschui 2 Stimmen, Benedikt Gnos 2 Stimmen, Gabi Huschke 1 Stimme. Ich lasse Andreas Bammatter herzlich gratulieren.

Wir kommen zur Wahl der beiden ordentlichen Stimmenzähler und ich bitte um die Wahlvorschläge.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir bleiben ganz traditionell und möchten gerne Simon Maurer im Büro sitzen lassen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion schlägt Ihnen Jürg Vogt vor.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall.

://:
Somit sind Simon Maurer und Jürg Vogt in stiller Wahl gewählt.

Josua Studer, parteilos: Fragen Sie nicht, ob die stille Wahl bestritten ist?

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich frage Sie persönlich, ob Sie die stille Wahl bestreiten?

Josua Studer, parteilos: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich nicht so wichtig bin, dass ich für den ganzen Rat entscheide.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich gehe davon aus, wenn sich jetzt niemand meldet, dass die stille Wahl nicht bestritten ist. Somit ist diese Wahl gültig.

Wir kommen zur Wahl der Ersatz-Stimmenzähler. Ich bitte um die Wahlvorschläge.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Wir schlagen Nedim Ulusoy vor.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Kurt Kneier vor.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist beides nicht der Fall.

://:

Somit sind Herr Ulusoy und Herr Kneier gewählt.

Ich gratuliere Ihnen herzlich.

Wir sind mit den Wahlgeschäften durch. Ich möchte, bevor ich die Sitzung schliesse, einen kurzen Dank an Sie aussprechen. Sie haben mir vor einem Jahr Ihr Vertrauen ausgesprochen und haben mich als Einwohnerratspräsidentin gewählt. Ich war eine junge Kandidatin ohne viel Erfahrung, trotzdem haben Sie mir das Vertrauen geschenkt. Aus den Reaktionen, die ich aus dem Rat bekommen habe, habe ich dieses Vertrauen erfüllt. Ich hoffe, dass niemand das letzte Jahr bereut. Jetzt lade ich Sie alle herzlich ein zum Apéro von unserem neu gewählten Einwohnerratspräsident in die Landi-Schüre. Ich schliesse diese Sitzung.

ENDE